

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 21. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Bezugspreis:

Wochentlich 30.— M., monatlich 10.— M.,
für ein Jahr 100.— M., vierteljährlich
25.— M., halbjährlich 50.— M., jährlich
100.— M. (Postgebühren eingeschlossen).
Für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 M. (Post-
gebühren eingeschlossen).
Bestellungen nehmen an: Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Polen,
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Einzelnachnahme in
die Postzustellungsbüro.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Montags
einmal.

Telegraphische Adresse
„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonoparallele
Zeile 1.— M., Teuerungszuschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1.— M. (zählbar zwei
eingedruckte Worte), jedes weitere
Wort 50 Pf. Stellenanzeigen und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
50 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.,
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2.— M., politische und so-
zialistische Vereins-Anzeigen
3.— M. die Zeile ohne Aufschlag.
Anzeigen für die n. o. s. h. e. Kammer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Erschienen
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Die Parteien über Spa.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat gestern 1/29 Uhr abends zu einer Sitzung zusammen, die auf Antrag der Sozialdemokraten und Unabhängigen mit der verfassungsmäßig notwendigen Zweidrittelmehrheit für öffentlich erklärt wurde.

Reichsminister Dr. Simons schilderte in längeren Ausführungen den Verlauf der in Spa geführten Verhandlungen. Er schloß mit der Erklärung, es habe sich wohl eine kleine Lücke geöffnet, von der aus der Weg zu einer Verständigung zwischen Gleichberechtigten führen könne, aber im ganzen bedeute das Ergebnis von Spa keinen Erfolg, sondern eine Last, die zu tragen die Anspannung aller Kräfte erfordere.

Bernstein (Soz.) erklärte sich mit dem Verhalten der Delegation im großen ganzen einverstanden, fand aber Einzelheiten außerordentlich tadelnswert, so besonders die Oecanziehung von Stinnes zur Konferenz. Im ähnlichen Sinne sprach sich Ledebour (U. Soz.) aus. Er erklärte, auch seine Fraktion wünsche, daß die Deutschen bei künftigen Verhandlungen als vollkommen gleichberechtigt behandelt würden. Daß die Regierung am deutschen Rechtsstandpunkt in der Einmarschfrage festgehalten habe, sei zu billigen. Im übrigen wandte sich auch Ledebour scharf gegen

Stinnes und forderte, wie zuvor Bernstein, die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Nach einer kurzen Entgegnung des Ministers Simons, in der dieser Stinnes einigermaßen in Schutz nahm, sprach Pfeiffer (Dnatl.). Er schilderte die schwere Gefahr, die Deutschland durch die Entwaffnung namentlich im Osten drohe. Die Entente habe es leicht, zu erklären, die Waffenablieferung sei nicht genügend, und dann im Ruhrrevier einzurücken.

Die Regierungsparteien kamen gestern noch nicht zu Worte. Die Sitzung wurde nach 11 Uhr abends vertagt, um heute abends fortgesetzt zu werden.

Das Reichskabinett und Spa.

Weitere Kabinettsberatung.
Berlin, 20. Juli. Amtlich. Das Reichskabinett setzte heute in Anwesenheit des Reichspräsidenten die Besprechung über die Beschlüsse von Spa fort. Der Hauptpunkt der Erörterungen war die Frage der Entwaffnung, deren technische Durchführung sehr eingehend auf Grund eines vom Reichsminister des Innern vorgelegten Gesekentwurfes besprochen wurde.

Die Rede Millerands.

Paris, 20. Juli. Die Kammer hat dem Ministerium Millerand mit 420 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Paris, 20. Juli. In der heutigen Nachmittagsitzung der französischen Kammer ergriff Ministerpräsident Millerand das Wort, um Mitteilungen zu machen über die Art, wie die französische Regierung die Interessen Frankreichs in Spa verteidigt habe. Aber nicht nur diese Interessen habe die Regierung verteidigt, sondern auch die Interessen der Staaten, deren Wiedergeburt sie begünstigt habe und die neu entstanden sind, nämlich Polen und der Tschechoslowakei. Die Alliierten seien der Ansicht, daß die türkische Regierung die Regierungen, die die Türken seit einem halben Jahrhundert unterdrückt hatten, vertreten habe. In Anbetracht der verabschiedungswürdigen Maj-faktes sei es nicht mehr möglich gewesen, unter der ottomani-schen Herrschaft Millionen von Menschen zu belassen. Der Friedensvertrag mit der Türkei werde deshalb aufrechterhalten. Das Syrien anbetreffende, so habe die englische Regierung mit vollkommener Loyalität erklärt, daß es Frankreich allein zufalle, das Mandat über Syrien auszuüben. Millerand besprach sodann die polnische Frage und erklärte, die Konferenz von Spa habe sich bemüht, die Teschenec und die Danziger Frage zu regeln.

Um zu einer

wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland zu gelangen, ist die erste Bedingung, daß Deutschland auf all- kriegerischen Anwandlungen verzichtet. Deshalb ist auch die Frage der Entwaffnung Deutschlands in Spa an erster Stelle behandelt worden. Der Ministerpräsident erinnert sodann an die Strafbestimmungen, die in das Abkommen eingeschrieben wurden, also an die Besetzung des Ruhrgebietes. Er erklärt im einzelnen, wie die von Deutschland zu erwartende Entschädigungssumme unter die Alliierten verteilt werden solle. Die Alliierten hätten erklärt, daß es im allgemeinen Interesse liege, den Gesamtbetrag der zu leistenden Entschädigungssumme festzusetzen und von ihm Jahreszahlungen zu verlangen. Deutschland solle die Möglichkeit gegeben werden, sich von seiner Schuld zu befreien, indem man Anleihen aufzubringe, die berechnet seien, sowohl für die Tilgung seiner Schuld, wie für seine wirtschaftliche Wiedererhebung. Nachdem Millerand so dann das Protokoll, das in bezug auf die Kohlenlieferung unterzeichnet wurde, verlesen hatte, sagte er: Deutschland hat im Januar 497 000 Tonnen Kohle geliefert, im Februar 604 000 Tonnen, im März 583 000 Tonnen, im April 660 000 Tonnen, im Mai 942 000 Tonnen und im Juni 855 000 Tonnen. Nach der neuen Vertragsbestimmung hat ein Anrecht auf

einhalb Millionen Tonnen im Monat.
Von Polen können wir erwarten 150 000 Tonnen Kohle und Teer. Das Frankreich der alten Grenze könne allein mit dem, was wir von Amerika, England und Belgien erhalten, auf 4 200 000 Tonnen monatlich rechnen, also auf 80 Prozent seines normalen Verbrauchs. Millerand sagte dann, er könne die Kritik, die geübt wurde, verstehen.

Die Spaer Konferenz habe sich aber auch eingehend mit den Auswirkungen der Lage beschäftigt, die in Polen durch den

Krieg mit Sowjetrußland geschaffen worden sei. Die französische Regierung habe erklärt, daß sie mit der Sowjetregierung erst dann in Verbindung treten wolle, wenn letztere gewisse Vorbedingungen erfüllt haben würde. Die französische Regierung verfolge mit Sympathie die von Lloyd George zweeks Abschluß eines Waf-

senstillstandes angeknüpften Verhandlungen und wüßte ihnen Erfolg. Aber heute vormittag habe der französische Botschafter in London mitgeteilt, daß ihren Gewohnheiten entsprechend die Sowjetregierung mit Impertinenz auf die Mitteilung geantwortet

habe, die Lloyd George an sie richtete. Lloyd George habe den Sowjets mitgeteilt, daß, wenn sie keinen Waffenstillstand annehmen würden, Großbritannien und seine Alliierten Rollen mit allen Kräften unterstützen

würden. (Starker Beifall, Widerspruch auf der äußersten Linken.)
Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, fuhr Millerand fort, Frankreich werde sein Wort halten, wie auch sicher sei, daß England dem seinem treu bleiben werde. General Brangel habe gegen die Bolschewisten in der Krime Erfolge erzielt, wo tatsächlich eine Regierung vorhanden sei, die die Sympathie der Bevölkerung habe und eine Agrarreform durchgeführt habe. Der Ministerpräsident gehe dann zur Besprechung der

Verhandlungen mit den deutschen Delegierten in Spa über, die den Zweck gehabt haben, die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen. Frankreich sei weit entfernt von dem Gedanken, sich in die innere deutsche Politik einzumischen. Der Vertrag von Versailles habe das Deutsche Reich anerkannt.

Man werde nicht versuchen, es heimtückisch zu demolieren.

Frankreich werde sich nicht in separatistische Intrigen einlassen (Widerpruch), aber die Alliierten wünschten, daß die verschiedenen Elemente in Deutschland sich frei entwickeln könnten, ohne von der preussischen Hegemonie bedroht zu werden, deren Triumph heinade das Totengeläute der Zivilisation gewesen wäre und der Ruin Deutschlands. Deshalb habe die französische Regierung in München bei dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten einen Gesandten ernannt. Die Tätigkeit dieses Gesandten werde die Tätigkeit des französischen Botschafters verjahren. Laurant sei von der französischen Regierung deshalb als Botschafter für Berlin ausersenden worden, weil die französische Regierung habe zum Ausdruck bringen wollen, das Hauptziel ihrer Politik sei, normale wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland wiederherzustellen.

Die Flamenbewegung.

Antwerpen, 20. Juli. (Havas-Neuter.) Der Gemeinderat hat mit 20 gegen 7 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, die sich für die Verflamung der Universität Gent ausdrückt.

Verhaftung des Münchener Rätebürgermeisters. In Berlin wurde der Kommunist Leo Werner verhaftet, der in der Münchener Rätezeit als Bürgermeister von München aufgewandert war. Werner, der städtisch verfolgt wurde, arbeitete auf einem Holzplatz in Stralau, wo ihn die Kriminalpolizei am Montag nachmittags festnahm. — Hätte sich Werner doch von Hauptmann Pfeiffer anwerben lassen, dann befände er sich noch heute in Freiheit!

Die Auflösung des Freikorps Auloc. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist das Freikorps Auloc planmäßig seit dem 15. d. M. aufgelöst worden. Es befinden sich zurzeit nur noch Teile des ehemaligen Freikorps als Privatisten in und bei Zeithain, die aber ebenfalls noch und nach abtransportiert werden. Widerstand gegen die Auflösung ist nicht geleistet worden. Richtig ist nur, daß sich etwa 11 Unteroffiziere und Mannschaften im Zusammenhang mit dem Kapo-Putsch seit März dieses Jahres in Unter-suchungshaft befinden. — Und wo versammeln sich die Aufgelösten von neuem?

Zur Programmfrage.

In der „Neuen Zeit“ beschäftigt sich Gen. Cunow mit der Frage der Revision des Erfurter Programms. Er erinnert daran, daß schon auf dem Würzburger Parteitag von 1917 der Ruf nach einer Revision des Erfurter Programms laut wurde und daß er wiederholt wurde, als vor einigen Wochen eine kombinierte Sitzung der neugewählten Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses sich für die Abhaltung eines Parteitags im Spätherbst dieses Jahres entschied.

Cunow findet das Verlangen nach einem neuen Parteiprogramm begrifflich, da die Forderungen des zweiten Teils heute zum Teil schon verwirklicht, zum Teil überholt seien. Er fährt dann fort:

„Auch die vielfach erhobene Forderung einer gleichzeitigen Revision des sogenannten „theoretischen“ ersten Teils des Erfurter Programms, in dem Richtung und Ziel der Wirtschaftsentwicklung mit ihren Folgen für die sozialistische Arbeiterbewegung kurz fixiert werden, ist nur allzu verständlich. Weltkrieg und Revolution haben mit rauher Hand in das Reich der alten Vorstellungen, Theorien und Hypothesen eingegriffen, eine Reihe überlieferter Illusionen und Annahmen vernichtet und jedem, der sich aus dem Raum utopistischer Vorstellungen zu befreien vermochte, deutlich gezeigt, daß die Entwicklung zum Sozialismus sich keineswegs so rasch und glatt in den mit schönen Voraussetzungen und Hoffnungen gepflanzten Bahnen vollzieht, wie man vielfach 1891 nach dem Fall des Sozialistengesetzes glaubte — in dem frohen Gefühl, daß nun die Wege zum schnellen Aufstieg freiliegen. Die Erfahrung hat seitdem gezeigt, daß mit jedem neuen Fortschritt sich auch neue Verwicklungen, neue Umstellungen, neue Möglichkeiten und Unmöglichkeiten ergeben.“

Cunow übt dann an dem theoretischen Teil des Erfurter Programms scharfe Kritik. Schon insofern sei seine Auffassung falsch, als sie von der Annahme ausgehe, daß auf den Anfangsstufen der Wirtschaftsentwicklung ein Privat-eigentum an Produktionsmitteln gar nicht existiert habe, der ganze Urkommunismus, den das Erfurter Programm konstruierte, sei eine Fiktion.

Ebenso wendet sich Cunow gegen die Auffassung, daß die Kleinbetriebe „mit Notwendigkeit“ zum Untergang verurteilt seien:

Eine neue Wirtschaftsepoche hat eingesetzt, und mit dieser haben sich auch neue Tendenzen eingestellt. Für seine Zeit botte Marx also recht; ein grober Mißgriff war es aber, aus reinem Dogmatismus an der Marx'schen Konzentrationsauffassung festzuhalten, nachdem 1891 bereits die ihr zugrunde liegenden Erfahrungstatsachen gewechselt hatten. Wäre tatsächlich, wie das Erfurter Programm behauptet, der Untergang des bäuerlichen Kleinbetriebs eine „Naturnotwendigkeit“ und eine Vorbedingung der Durchführung des Sozialismus, dann müßten eigentlich die preussische sozialistische Landwirtschaftsminister und die ganze preussische Landtagsfraktion wegen ihrer Ziehungspolitik aus der Partei ausgeschlossen werden.

In engem Zusammenhang mit der Konzentrations-theorie steht die Verelendungstheorie, die ja ebenso wie die Konzentrationstheorie oder vielleicht noch allgemeiner von der Kritik verworfen wurde. Dazu wäre vielleicht zu bemerken, daß die Verelendungstheorie als Theorie, d. h. als theoretisch festgestellte unüberwindliche Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft zwar nicht haltbar ist, daß aber die Tatsache der Verelendung, als Kriegsfolge, sich dem Arbeiter unüberwindlich aufdrängt und damit auch die Verelendungstheorie für ein theoretisch weniger geschultes Denken wieder populär macht.

Trotzdem kommt Cunow dazu, vor dem Versuch einer Programmaufstellung in der gegenwärtigen Zeit zu warnen. Er führt darüber u. a. das Folgende aus:

Trotzdem hatte ich heute, wie ich schon auf dem Würzburger Parteitag ausgesprochen habe, das Drängen nach einer Ersetzung des bisherigen theoretischen Teils des Erfurter Programms durch eine neue Programm-einleitung für verfehlt; denn was unter den gegebenen Umständen aus einer Beratung herauskommen würde, wäre voraussichtlich ein Gelegenheits-Kompromißprodukt, das, wenn es auch wohl gewisse künstliche Konstruktionen des Erfurter Programms vermeiden würde, doch auf der anderen Seite wahrscheinlich viel zu sehr auf heutige Tagesbedürfnisse zugeschnitten und deshalb in kurzem selbst wieder revidierungsbedürftig sein würde. Wir befinden uns heute eben nicht in einem normalen Stadium der Gesellschaftsentwicklung, sondern in einer Periode überhafter Umbildung überlieferter gesellschaftlicher Lebensformen, einer völligen Un-sicherheit darüber, welche Umschlüge im Gesellschaftsleben demnächst erfolgen und wie sich die internationale Wirtschaftsstruktur gestalten wird. Derartige Zeiten der Wägen und des revolutionären Wechsels sind schon an und für sich wenig zur Aufstellung allgemeiner Richtlinien des sozialen Fortschritts geeignet, und noch weniger lassen sich aus den konvulsiischen Erscheinungen einer solchen Zeit taktische Verhaltensdiktiven für ferne Zukunften ableiten; im heutigen Fall kommt überdies noch hinzu, daß die mit früheren Erwartungen im Widerspruch stehenden Erfahrungstatsachen der

Kriegs- und Revolutionszeit und die Veränderungen in der Zusammensetzung des Parteileaders einerseits eine gewisse unheimliche Ähnlichkeit mit der „grauen Theorie“, andererseits allerlei neue theoretische Strömungen und Unterirrigationen hervorgerufen haben. Ganz naturgemäß haben eben manche der neuen Zugänge, besonders aus dem Reich der Intellektuellen, ansehnliche Reste ihrer Ideologie mit in die Partei gebracht. Von der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mag das noch mehr gelten als von der Mehrheitssozialdemokratie, unwehlich läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß mindestens ein großer Teil unserer Partei den alten theoretischen Boden verloren hat, ohne bereits einen neuen gefunden zu haben.

Umso hält es deshalb für besser, wenn man die theoretischen Auffassungen der Partei sich erst klären läßt und sich auf die Ausarbeitung eines neuen praktischen Aktionsprogramms beschränkt.

Zu der wichtigen Frage, die Genosse Cunow angeschnitten hat, dürfte dem Kasseler Parteitag eine Sammlung von Gutachten vorliegen, die mittelmäßig vom Parteivorstand eingefordert worden sind. Die Parteitagverhandlungen selbst dürften über das Stadium einer Vorbesprechung kaum hinauskommen, wahrscheinlich wird eine Kommission gewählt werden, die für einen künftigen Programm-Parteitag Vorarbeit zu leisten haben wird.

Zur Sache selbst sei einstweilen bemerkt, daß sich der Unterschied zwischen einem „Programm“ und einem „Aktionsprogramm“ nicht so ganz scharf ziehen läßt. Das Aktionsprogramm soll die Forderungen enthalten, für deren Durchsetzung die Partei in den nächsten Jahren kämpfen will. Diese Forderungen entspringen aber naturgemäß bestimmten Grundanschauungen, und ihr Maß wird bestimmt werden durch das vorhandene Urteil über die Möglichkeit ihrer Durchsetzung, das heißt über die gegebenen Entwicklungstendenzen.

So sinnlos ein rein theoretisches Programm wäre, aus dem nicht zu ersehen ist, was die Partei eigentlich will, so unvollkommen wäre ein „Aktionsprogramm“, das die gemeinsamen Forderungen der Partei wiedergibt, ohne zugleich einen Ausdruck zu finden für die allgem. Grundanschauungen, aus denen diese Forderungen erwachsen. Mit Vorbedacht legen wir den Ton auf das Wort „allgemein“, denn es kann nicht die Aufgabe eines Programms sein, die Millionen der Parteianhänger auf wissenschaftliche Urteile zu verpflichten, die der wissenschaftlichen Kritik unterliegen. Inwiefern enthält das Erfurter Programm, das sicher eine große historische Leistung ist, einen aus den Zeitumständen verständlichen Konstruktionsfehler: man kann sämtliche Forderungen des zweiten Teils akzeptieren, ohne mit dem ersten Teil übereinzustimmen. Man kann auch die Parteizugehörigkeit auf keinen Fall davon abhängig machen, daß sich jemand mit einer bestimmten Auffassung über die Eigentumsform bei den Arbeitern einverstanden erklärt.

Das theoretische Programm und das Aktionsprogramm gehören also zusammen; das zweite kann nur das logische Ergebnis des ersten sein. Das theoretische Programm muß aber so gehalten sein, daß sich in ihm die Bestimmungsgemeinschaft der in der Partei organisierten Massen tatsächlich widerspiegelt, es darf nichts enthalten, was für viele der Parteigenossen nur ein Glaubensbekenntnis wäre, zu dessen Nachprüfung ihr wissenschaftliches Rüstzeug nicht ausreicht.

Eine solche Übereinstimmung wird sich über praktische Forderungen immer leichter erzielen lassen, als über theoretische Auffassungen. Bei der Formulierung dieser letzteren wird man sich stets zwischen den zwei Gefahren befinden, entweder es bei Gemeinplätzen bewenden zu lassen, oder aber Behauptungen aufzustellen, die von der Masse der Parteigenossen nicht nachgeprüft, sondern nur als Glaubensartikel aufgenommen werden können. Die zweite Gefahr wird desto größer sein, je stärker die Neigung der Programmschöpfer sein wird, wissenschaftlich Eigenes zu geben. Je größer die wissenschaftliche Höhe, desto stärker die Stürme der Kritik, desto größer aber auch die Entfernung von der Masse.

Verband gemeinwirtschaftlicher Theater.

Ein Zusammenschluß der gemeinwirtschaftlichen Theater ist kürzlich auf einer Tagung in Würzburg zustande gekommen. In großer Anzahl hatten sich dort Vertreter der Gliedstaaten des Reiches und der deutschen Städte, soweit sie eigene Theater besitzen und bewirtschaften, zusammengefunden, und auch die Berliner Volksbühnenorganisation hatte einen Delegierten entsandt. Die Verhandlungen, die zwei Tage in Anspruch nahmen, waren wesentlich ausgefüllt mit Erörterungen über die Forderung, die der neugegründete Verband zum Bühnenverein einnehmen soll. Es herrschte sichtlich darüber Einigkeit, daß durch weitere Verhandlungen möglichst bald endgültig festgestellt werden sollte, ob der Bühnenverein gewillt sei, gewisse vom Interesse der städtischen und staatlichen Theater dringend geforderte Bedingungen anzunehmen und es so den gemeinwirtschaftlichen Theatern zu ermöglichen, in seinem Rahmen gedeihlich zu wirken, und danach die Entscheidung zu fällen. Man war sich darüber klar, daß die gemeinwirtschaftlichen Theater gegenüber den privaten Theaterunternehmern in mancher Hinsicht eigene Interessen besitzen und diese in jedem Fall durch einen engeren Zusammenschluß in oder neben dem Bühnenverein zu vertreten suchen müßten.

Es läßt sich außer Zweifel, daß zwischen den Theatern, die als Geschäftsunternehmungen gegründet wurden und betrieben werden, und solchen Bühnen, die sich auf Besucherorganisationen aufbauen und den vereinmäßig zusammengeschlossenen Theaterkonzerten alle Einnahmen unter Ausschaltung jedes Unternehmerprofits zuführen wie diese auch alle Ausgaben, gleichmäßig auf sämtliche Mitglieder verteilt, zu tragen haben, oder auch solchen Bühnen, die von Staaten und Städten in eigener Regie bewirtschaftet werden, ein scharfer Strich zu ziehen ist. Schon mit Rücksicht auf die künstlerische Beweiskraft kann auch ein Geschäftstheater seine künstlerische Absichten verfolgen; aber wenn der Profittypus mit ihnen in Konkurrenz gerät, bleibt dem Theater keine andere Möglichkeit, als auf ihre Durchsetzung zu verzichten. Andererseits sind sicherlich auch Volksbühnenvereine, kommunale und staatliche Theater nicht von allen Demütigungen in der Verfolgung künstlerischer Ziele frei: Die Volksbühnenorganisationen müssen ihre Ausgaben möglichst niedrig zu halten suchen, um den besten Nutzen der Mitgliedschaft und damit den Theaterbesuch zu ermöglichen; und die schlechte Finanzierung der Städte und Staaten bringt die von ihnen bewirtschafteten Theater, alles daran zu setzen, daß sie mit möglichst geringen Zuschüssen auskommen; aber hier wie dort ist doch der Spielraum für die Durchführung eines rein künstlerischen, von den Säulen und Säulenträgern eines zahlungsfähigen Amateursbühnen unabhängigen Programms ganz unverhältnismäßig weit größer. Dazu kommt, daß eine so wichtige Einrichtung zur Volkserziehung und Menschheitsbildung wie das Theater dem Volkswirtschaften dienen kann. Selbst wenn

die heute nicht mehr auf eine Heilslehre von oben wartet, sondern in ihrem Programm ausdrücklich zu sehen wünscht, was in ihrem eigenen Bewußtsein schon lebendig ist.

Für das Erfurter Programm einen Erfolg zu finden, der in der Geschichte der Partei eine ähnliche Rolle spielt wie dieses, ist unmöglich. Man soll das Unmögliche nicht versuchen, sondern die Schwierigkeiten dort suchen und überwinden, wo sie wirklich sind, nämlich darin, eine Formulierung für die tatsächlich vorhandene gemeinsame Grundanschauung der Partei zu finden, aus der ihr gemeinsames Wollen entspringt. Dieses gemeinsame Wollen, das im „Aktionsprogramm“ seinen Ausdruck findet, bleibt immer das Entscheidende, und so erklärt es sich, daß sich Parteien ganz gut entwickeln können, die ein theoretisches Programm überhaupt nicht besitzen. Ein theoretisches Programm ist uns aber doch wertvoll als Mittel der Selbstverständigung und der Weiterbildung. Sagt das eine, was wir wollen, so soll das andere erklären, warum wir es wollen. Der Weg des Erfurter Programms ging umgekehrt: es entwickelte zunächst theoretische Auffassungen und sprang dann mit verlegener Hebergangslosigkeit zu den nächsten praktischen Forderungen über. In dem Gegensatz zwischen den historischen Verdiensten des Erfurter Programms und den Forderungen, die wir heute an ein neues Programm stellen müssen, zeigt sich der Entwicklungsgang, den die deutsche Sozialdemokratie in den letzten dreißig Jahren genommen hat: von einer Partei der Lehre zu einer Partei der Tat.

Die Vergeßlichen.

Hat Hindenburg voreilig die Waffen weggeworfen?

Reaktionäre Blätter veröffentlichten einen Briefwechsel zwischen dem Obersten Houze und dem Dolmetscher der Friedenskonferenz Nanour, aus dem hervorgeht, daß Deutschland den Waffenstillstand 1918 „zu früh“ abgeschlossen habe. Die „Tägliche Rundschau“ sieht hier einen neuen Beweis, daß wir voreilig die Waffen weggeworfen haben.

Die nationalistische Gedächtnisrede, die bei der Beurteilung der Novemberorgänge immer wieder zutage tritt, hat auch hier eins vergessen: die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen am 10. November 1918 erfolgte auf den Rat und das Urteil Hindenburgs. Dieser antwortete auf Anträge der Regierung in einem schon öfter veröffentlichten Brief, daß man versuchen sollte, eine Abmilderung der Waffenstillstandsbedingungen zu erreichen. Würde sie nicht durchgesetzt, „so wäre trotzdem abzuschließen“.

Wenn also die „Tägliche Rundschau“ meint, daß wir voreilig die Waffen weggeworfen haben, so möge sie Hindenburg verantwortlich machen.

Studenten und Arbeiter.

Zusammenstöße in Marburg.

Aus Marburg wird uns geschrieben:

Der kürzlich in einem Berliner Abendblatt vom Genossen Gaenisch geschriebene Artikel über die Verwilderung der politischen „Sitten“, in dem auch unter anderem die studentischen Selbstwillkürmörder als feige Mörder und Vandalen bezeichnet wurden, veranlaßte den Marburger Studentenrat, die gesamte Studentenschaft am Montag mittig zu einer Protokollversammlung auf dem Marktplatz einzuladen. Hier waren von circa 3000 Studenten etwa 200-300 — überwiegend hardtrotzende Studenten — erschienen, vor denen der Vorsitzende des Studentenrats in den schärfsten Worten gegen den Kultusminister sprach und eine Erklärung verlas, in der von „schwerster Beleidigung der gesamten Studentenschaft“ und von „sofortiger Genugtuung durch den Kultusminister“ die Rede war.

Dies veranlaßte nun ihrerseits die Arbeiterschaft am Nachmittag ebenfalls eine Versammlung auf dem Marktplatz ein-

zurufen, in der gegen die ungeheure Herausforderung des gesamten werktätigen Volkes durch die zugunsten der Thaler Würder abgehaltenen Studentenversammlung protestiert werden sollte. Zu dieser Versammlung fanden sich auch eine große Anzahl von Studenten ein, die sich schon während der Rede durch pronozierende Zwischenrufe bemerkbar machten. Als gegen Schluß der Versammlung die Studenten dazu übergingen, Deutschland über alles... zu singen, die Arbeiter als „Diebe“ zu bezeichnen und die Schutzmannschaft aufzufordern, mit blanker Waffe die Arbeiterschaft auseinanderzutreiben, kam der Stein ins Rollen. Es kam an den verschiedenen Stellen der Stadt zu mehr oder minder heftigen Schlägereien, und nur der besonnenen Haltung der bis zum äußersten gereizten Arbeiterschaft ist es zu verdanken, wenn außer ein paar blutige Köpfe größeres Unheil vermieden worden ist.

In den Parfassungen vorbereitet wird, einen Bericht, der im wesentlichen mit der obigen Darstellung übereinstimmt, nur insofern abweichend, als die Arbeiterversammlung hartnäckig als eine „kommunistische“ bezeichnet wird. „Wenn ich durchaus nicht leiden kann, zeig ich als Kommunisten an.“

Eröffnung des Thüringer Landtages.

Durchkreuztes reaktionäres Schiebermanöver.

Am Dienstag trat in Weimar der erste Landtag des neugegründeten Einheitsstaates Thüringen zu seiner ersten Tagung zusammen. Bei der Präsidentenwahl wurde gleich ein eigenartiger Kampf ausgetragen. An sich hätte die Unabhängige Partei als stärkste den Anspruch auf den Präsidentenposten gehabt. Um dies zu verhindern, hatten sich die drei Rechtsparteien, die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und der Thüringer Landbau, zu einer einzigen Fraktion zusammengeschlossen, obwohl sie im Wahlkampf als drei verschiedene Parteien aufgetreten waren. Sie behaupteten jetzt, die stärkste Partei zu sein. Dieses reaktionäre Schiebermanöver wurde aber durch das Eintreten unserer Partei verhindert, die in lokaler Weise den Unabhängigen den ihnen zustehenden Präsidentenposten sicherte, indem sie erklärte, ihrerseits sich mit den Unabhängigen zu einer Fraktion zusammenzuschließen. Es gab eine ziemlich erregte Debatte, in der die Rechtsparteien ihrem Zusammenschluß einen anderen Beweggrund unterzuschieben versuchten, ohne jedoch mit ihren Ausreden Glauben zu finden. Schließlich wurde der Abgeordnete Dr. Fischer-Wera (N. 203.) zum ersten Präsidenten einstimmig gewählt, zum ersten Stellvertreter der Abgeordnete Bauer-Sonderhausen. Vor der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erklärten die Demokraten, die nur mit 4 Sitzen vertreten sind, daß sie, nachdem sich die Rechts- und Linksparteien zu je einer Gruppe vereinigt hätten, als dritte Fraktion im Hause das Anrecht auf den zweiten Vizepräsidenten haben. Aus der Wahl ging der Demokrat Generl-Altenburg hervor. Hierauf vertagte sich der Landtag auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags, wo die Wahl der Regierung stattfinden soll.

Die Verhandlungen in Mitteldeutschland.

Berlin, 20. Juli. Die Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind gestern unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium in Halle in später Stunde beendet worden. Die Arbeitgeber haben sich nach langen Verhandlungen bereit erklärt, für Juni und Juli eine Schlichtung einer Wahl für alle Arbeiter zu gewähren. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, den Belegschaften die Stellungnahme überlassen zu wollen. Bis Sonnabend abend soll das Ergebnis der Stellungnahme der Belegschaften den Organisationsvertretern mitgeteilt werden.

Der Streik in Golpa beigelegt.

Berlin, 20. Juli. (S.B.) Die Arbeiterschaft der Grube Golpa, des Kraftwerks Jichornowitz und der dazu gehörigen Betriebe hat in Verfolg der für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums geführten Verhandlungen beschlossen, am Mittwoch, den 21. d. M., die Arbeit wieder aufzunehmen.

ein Privattheater künstlerisch Einwandfreies bietet und dabei „florieren“ kann, weil das Publikum hinget, so muß dies Widerspruch erwecken; denn das Allgemeininteresse würde erfordern, daß die aus dem guten Geschäftsgang erzielten Gewinne wieder der Allgemeinheit zugute kämen, zur Verbilligung des Theaterbesuchs, zur Schaffung neuer Anstalten usw. benutzt würden. Statt daß sich der Theaterunternehmer daran bereichert. Eine solche Bereicherung ist ausgeschlossen bei den gemeinwirtschaftlichen Theatern.

Die Sonderstellung, die so die gemeinwirtschaftlichen Theater einnehmen, berechtigt sie, auch eine besondere Behandlung von den öffentlichen Gewerken zu verlangen: Unterstützung durch Befreiung von belastenden Steuern, eine fördernde Gewerbebegünstigung, Veranziehung ihrer Vertreter als Berater für Verwaltungsmassnahmen, soweit sie die Theater betreffen, Beihilfe bei ihren Bestrebungen, sich auszudehnen und dadurch vielseitig ihren Betrieb rationaler und billiger zu gestalten, unter Umständen selbst zu diesem Zwecke die Enteignung privater Theater niederen Ranges usw. Zweifellos wird bei einem geschlossenen Vorgehen aller gemeinwirtschaftlichen Theater die allgemeine Aufmerksamkeit viel mehr auf diese Dinge hingelenkt sein und mancher schöne Vorteil erzielt werden können.

Nicht zuletzt würden die gemeinwirtschaftlichen Theater auch vielleicht davon profitieren, daß sie in dem neugeschaffenen Verband durch systematische Erörterung der für sie brennenden Fragen manchen bisher noch verborgenen Weg finden, ihren Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten und ihre künstlerischen Leistungen zu vervollkommen. Zumal nachdem der Berliner Volksbühnenverein sich jetzt endgültig entschlossen hat, dem Verein beizutreten, wird die Zusammenarbeit im Verband in dieser Hinsicht möglicherweise von großer Bedeutung sein. Der Berliner Volksbühnenverein, der es als erster unter heute schon zahlreichen anderen, das gleiche Ziel verfolgenden Organisationen zu einem eigenen Theater gebracht hat, verkörpert in gewisser Beziehung ein anderes Prinzip in der Theaterbewirtschaftung als die gemeinblühenden und staatlichen Theater. Debatten über eine Übernahme dieser oder jener Einrichtungen der Volksbühnen durch die städtischen und staatlichen Bezirke können für diese sehr wertvoll werden, wie andererseits die Mitarbeiter der Berliner Volksbühnenorganisation im Verband dazu dienen kann, der Volksbühnenbewegung mehr als bisher die aus öffentlichen Mitteln unterstützten Theater zu öffnen. Es wäre zu hoffen, daß der Verband in dieser Richtung fruchtbar wirkt und damit ein wirklicher Kulturfaktor wird.

E. R.

Ein Material in der Südt. Die moderne Kunst hat in ihrem Streben nach „Rückkehr zur Natur“ häufig Vorgegang von fernem Gebieten ersehen, in denen noch primitive Menschen in ursprünglichen Lebensformen zu finden sind. Was für die französische Kunst Madagaskar oder Tahiti bedeutet, die der Rasse Gau-

quin entdeckte und in schönen Belegstücken schilderte, das sind für unsere deutschen Künstler die Südpazifik-Inseln, auf denen die Bahnbrecher des neuen Stils, ein Rade und Bockstein, eine ungelante Schönheit entdeckten. Besonders sind es die Palau-Inseln, eine Gruppe der Westkarolinen, die in der modernsten Kunstgeschichte eine große Rolle spielen. Hier hat Postheim gelebt und gearbeitet, bis der Krieg ihn überraschte, und auf vielen seiner Bilder wie Zeichnungen finden wir die Natur und die Menschen dieses glücklichen Landes.

Warum sich die Palau-Inseln so sehr zum Wasserbild eignen, das zeigen uns auch die wissenschaftlichen Forschungen, über die A. Krämer in den Ergebnissen der Südpazifik-Expedition der hamburgischen wissenschaftlichen Stiftung berichtet hat. Schon der geologische Aufbau der Inselgruppe ist eigenartig, vielschichtig und malerisch. Der Südpazifik der Gruppe, der aus Kalk besteht, zeigt eigenartig bizarre Formen von großer Steilheit und Zerissenheit, während der vulkanische Nordteil mehr in einer weidenförmig gegliederten Ebene verläuft. Auch die Farbgebung des Landes erhält dadurch ihren besonderen Reiz. Während die weissen Kalkfelsen dicht mit Wald überzogen sind und durch das Grün He und das leuchtend hindurchschimmern, glänzt der Vulkanboden in einem harzen Rot, Phantastisch und romantisch sind innerhalb des Küstengebietes die zahlreichen Höhlen, aus denen das anstufende Meer wunderliche Jodungen herausgeschwemmt hat. Nur einen einzigen See gibt es auf der Inselgruppe; er liegt auf der großen Nordinsel Wadbaad und wird von dem Apocofffluß in einer Länge von etwa 1 Kilometer gebildet. Hier gibt es auch einen großartigen Wasserfall. Prachtvoll entwickelt ist die Pflanzenwelt der Palau-Inseln. Die Hügel sind weit und breit mit einem dichten Teppich von Kannenraupenpflanzen bedeckt, in deren schönen Ranken sich das Wasser hält. Sodann trifft man in den Gebieten, die nicht mit herrlichem Wald bedeckt sind, Reliquien von Gabeln, rosa blühende Orchideen, blaue Lilien und andere wunderbare Blumen.

Der Sinn des Sozialismus. Unter diesem Titel läßt Genosse Alfred Weglich im Verlag Weltanschauung und Erziehung, Berlin-Köpenick, seinen Schrift erscheinen, die sich das Ziel setzt, eine grundlegende populäre Einführung in die marxistische Gedankenwelt zu sein. Das Buch kostet 6 Pf.

Eine Arbeitsgemeinschaft für vergleichende Literaturwissenschaft ist an der Universität Berlin begründet worden. Ihre Leitung hat Prof. Hermann Reich, der Verfasser des „Rimus“, der ersten Geschichte des antiken und modernen Volkstheaters, übernommen. Die Beschäftigung vor allem auch jungen Dichtern, insbesondere Dramatikern, ermöglicht Förderung zu gewähren.

Die Sturm- und Drang-Bühne, die Fritz Ebers im Soling-Operntheater erregt, beginnt ihre Spiele Anfang September. Wesentlich soll eine Vertiefung stattfinden. Begonnen wird, um den Namen der Bühne auch historisch zu rechtfertigen, mit der dramatischen Schöpfung von Reinhold Lang, dem Jugenddramen „Gedächtnis“, „Sankt Antonius“ und „Belshazzar am Abend seiner Apotheose“ von Leopold Wagner (mit Paul Bildl im Oberbau) Bromeln, „Waldra“ von Herbert Gienzenberg, „Sankta Juliana“ von August Stramm, „Die Alvenstein“ von Emil Ferdinand Falkowitz und „Die Himmelskinder“ von Carl Henck.

Max Jungerfelds neues Drama: „Nirgendwo“, ein Schauspiel aus dem letzten Jahrzehnte, wurde vom Landesregator Reiningen zur Aufführung angenommen.

Gewerkschaften oder Betriebsräteorganisationen.

Die Berliner Betriebsrätezentrale in der Münzstraße sowie die Halleische Richtung im Reich suchen in letzter Zeit mit allem Nachdruck ihre Pläne auf Schaffung einer selbständigen Betriebsorganisation zu verwirklichen.

Zweimal hat die Berliner Gewerkschaftskommission entschieden, daß die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften zu erfassen seien und beide Male endeten die Verhandlungen ergebnislos.

Die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände herausgegebenen Richtlinien für die Zusammenfassung der Betriebsräte werden sonderbarerweise von Richard Müller und Wegmann als übereinstimmend mit ihren Zielen bezeichnet.

Inzwischen ist diese klare Situation jedoch bedeutend verschoben worden, und zwar dadurch, daß die Parteifunktionäre der U. S. P. im Bezirk Berlin-Brandenburg sich am 16. Juli für die selbständige Betriebsräteorganisation als Voraussetzung für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Rätesystems ausgesprochen haben.

Aber letzten Endes stehen bei derartigen Experimenten die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf dem Spiel. Man sollte sich hüten, eine derartige Praxis einzuleiten zu lassen.

Soll nun diese Betriebsrätezentrale, wie es von den Funktionären der U. S. P. gefordert wird, eine Arbeitsgemeinschaft mit den freien Gewerkschaften schließen, so ist durchaus unklar, wie die Gewerkschaften noch gegen die Christlichen, Christ-Christen, Harmonieverbänder, Gelbe und Unorganisierte vorgehen sollen.

Am 16. Juli fand in Hamburg eine große Versammlung der Metallarbeiter statt, welche zu der Frage: Erfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften oder durch selbständige Betriebsräteorganisationen Stellung nehmen sollte.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Und nun kam also dieser kleine Radenjüngling von Storborg, dieser Andrejen, er kam Sonntags nach Sellanraa, und Jnger wurde darüber nicht erregt, durchaus nicht, sie mochte nicht einmal selbst mit einem Topf Milch zu ihm hineingehen, und da die Magd nicht zu Hause war, schickte sie Leopoldine mit der Milch.

Nichts, o nein! Aber jetzt, jetzt war Leopoldine an der Reihe, erregt zu werden, nun begann der Kreislauf bei ihr. Sie war ganz geeignet dazu, rund und hübsch und neukonfirmiert, sie gab ein schönes Opfer. Ein Vogel zwitschert in ihrer Brust, ihre Hände sind wie die ihrer Mutter voller Härlichkeit, voller Weiblichkeit.

Er spricht sehr zurückhaltend, von dem Preis weiß er nichts, aber er weiß, was Kronen selbst gesagt hat, daß Storborg ihn gelostet habe. — „Und wieviel ist das?“ fragt Jnger, denn sie vermag nicht zu schweigen und den Mund zu halten.

Müller zu referieren. Dismann lehnte diese eigenartige Zustimmung ab. Es war ihm dann mit Mühe möglich, zweimal 15 Minuten in der Diskussion zu sprechen und er konnte sich als erster Vorsitzender in seinem eigenen Verbands nur dadurch ausreichend Gehör verschaffen, daß ich ihm mein Schlusswort abtrat.

Wittere Wahrheiten waren es, die er dann seinen eigenen Parteigenossen sagen mußte. Dismann betonte, daß in die Millionen gehenden Summen aufgewandt werden müßten, um die Fehler wieder gutzumachen, welche revolutionäre Betriebsräte auf eigene Faust verkleudert hätten.

An unsere Postbezieher

Die täglich bei uns einlaufenden Beschwerden von Postbeziehern veranlassen uns zu der Bitte, beim Ausbleiben der Zeitung zuerst eine schriftliche Beschwerde beim Vorsteher des Stellamentes einzureichen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

schäften gekämpft, hätten nunmehr ihre Funktionen innerhalb der Gewerkschaften auszuüben. Die parteipolitischen Interessen in den Gewerkschaften müßten zurücktreten gegenüber dem großen Ziel, die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Kapitalismus aufrechtzuerhalten.

Gegenüber dem, was Dismann sagte, haben parteipolitische Differenzen zu schweigen. Hier handelt es sich um die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung und alle, die sie erhalten wollen, müssen zusammenstehen, um eine Spaltung zu verhindern.

Groß-Berlin

Graufige Moritat an Hindenburg.

Befungen vom Vankelänger Kreuzwendedich Rückwärts, nach den Schilderungen der „Post“ und „Deutschen Tageszeitung“.

Liebes Publikum, verhalt dir Mund und Nase. Denn der sittlichen Verfaulung Gafe, wie sie nur der Umsturz kann erzeugen, laß ich schauernd meinem Lieb entfliegen.

Nächstlich, als die Menschheit schon im Gembe, kam ein Mensch bei Hindenburg und stammte sich durchs Gitter — o miß packt ein Grausen — um im Garten reifes Obst zu mausen.

Edto Gallien — merk es — hieß der Schurke. Ihm genügen Kirsche nicht noch Gurke. Weiter schleicht er — seht — in die Veranda. Da kommt Hindenburg und packt den Mann da.

Näh erhebt sich ein gewaltig Ringen. Ihn zu halten, will schon fast gelingen. Da hebt Gallien sein Pistol zum Schusse, doch verlegt er nur die Finsterpuffe.

Polizei faßt jetzt den Mttentäter. Haut ihn, blaut ihn, schlägt ihm voll das Feder! Selbst ein außerordentliches Kriegsgericht scheint mir noch zu milde für den Bicht.

Doch wenn ich den Visk aufs Ganze lehre, wer ist schuld an dieser Nordaffäre, wer entflammete das Verbrehervieh? Die III Sozialdemokratie!

Täglich hegelt sie mit rohem Spotte fort den Mensch von Obrigkeit und Gotte, treibt die Massen zu dem doch nichts nützenden Ansturm auf dem Geldschrank der Besigenden.

Ebert m's, der diesen Samen hütet, bei Gallien sieht man ihn ausgebrütet. Ha! ich sag' es kühn: Du Heuchler grad bist der Schuldige der Neuchlertat.

Mensch, entsage drum den Umsturzplänen, Sozialisten werden zu Hyänen, mausen Obst, und wenn es ihnen paßt, dann erschließen Hindenburg sie faßt.

Zum Groß-Berliner Verkehrsleud.

Die Angestellten und Arbeiter der A.-E.-G.-Fabriken Hennigsdorf beschwerten sich schon seit Jahr und Tag, daß die Beförderung der Menschenmassen morgens und abends in einer Weise vor sich geht, die jeder Beschreibung trotzet.

Es müssen für die A.-E.-G.-Fabriken trüb zirka 7000 Arbeiter und Angestellte befördert werden, dazu kommen für Regel- und Eishornstraße noch mindestens 2000 Personen. Für diese 9000 Personen stehen drei Züge zur Verfügung, ab Gesundbrunnen 5.49, ab Sietzener Bahnhof 5.56 und 6.30 vor-mittags.

Vorschläge, um diese Unbequemlichkeiten, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch wenigstens abzumildern, sind gemacht und in die Praxis umzusetzen versucht worden, aber leider stets ohne Erfolg.

sonnte es, ländliche Tänze, ein kräftiges Drehen und Wenden, Schottisch, Mazurka, Rheinländer und Walzer. Und warum sollte sich Leopoldine nicht auch buzen und verliebt sein und mit offenen Augen träumen? Genau wie andere.

Als sie konfirmiert wurde, ließ ihr die Mutter ihren goldenen Ring; sie hielten das nicht für Sünde, es war kein sündiger Gedanke dabei, es war nur hübsch, und am nächsten Tag, als sie zum Abendmahl ging, steckte sie übrigens den Ring erst an, als alles überstanden war.

Aber nun konnte sich Jnger nicht mehr halten, sie fragte: „Ist es wahr, was die Leute logen, daß der Kronen ver-loufen will?“ — Der Radendiener antwortete: „Er spricht davon. Und ein Mann, wie er, kann tun, was er will, er hat das Geld zu allem.“

Er spricht sehr zurückhaltend, von dem Preis weiß er nichts, aber er weiß, was Kronen selbst gesagt hat, daß Storborg ihn gelostet habe.

nichts, aber er weiß, was Kronen selbst gesagt hat, daß Storborg ihn gelostet habe. — „Und wieviel ist das?“ fragt Jnger, denn sie vermag nicht zu schweigen und den Mund zu halten.

Kurz ebe der Radendiener geht, hat sich Leopoldine zur Tür hinausgedrückt. Es ist höchst sonderbar, aber es kommt ihr ganz unendlich vor, ihm die Hand zu geben. Sie hat indes einen guten Platz gefunden, sie steht in dem neuen Stall und schaut zu einem der Fenster hinaus.

Spät in der Nacht zwischen Sonntag und Montag kamen die Kirchhänger wieder zurück. Alles war gut gegangen, die kleine Rebekka hatte auf der Heimfahrt während der letzten Stunden geschlafen, und sie wurde auch schlafend aus dem Wagen gehoben und ins Haus getragen.

Wachte der Vater glauben, Krel sei in die Stadt gefahren, um eine Nähmaschine und einen Reolpflug zu kaufen; auch die Mutter sollte das nur glauben.

muß aber etwas. Es bildet sich immer mehr die Meinung in den Kreisen, daß nichts geschehen soll und das darf nicht sein, auch der Geringste im Volk muß durch Taten sehen, daß Kräfte am Werke sind, die seine ängstlichen Sorgen und Schmerzen verstehen und versuchen dieselben zu lindern und zu beseitigen.

Von der Eisenbahn-Verwaltung wird nun der Einwand erhoben, daß nicht mehr Güte gefahren werden können, weil der Betrieb nur bis Tegel zwei Gleise hat. Sie weiß das Erste zu trifft, weiß ich nicht, das Zweite stimmt, bedingt aber nicht, daß nun beide Nebengleise bestehen bleiben müssen. Ist erst einer beseitigt, dann findet sich auch für den anderen Platz. Die Hauptfrage ist, es wird überhaupt erst mal mit der Beseitigung der Anlagen gemacht und dazu möge folgender Vorschlag dienen:

Dem aufmerksamen Beobachter ist es bekannt, daß wir in der Industrie einer Arbeitslosigkeit entgegengehen, die alles bisher Gesehene in den Schatten stellt. Staat und Kommune sind aber verpflichtet, beiseiten für Konsumarbeiten zu sorgen und nicht erst dann Projekte zu machen, wenn die Katastrophe besteht. Der Ausbau des zweiten Gleises von Tegel nach Hennigsdorf ist dringendes Bedürfnis, man soll nicht zögern, damit zu beginnen. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Das Gelände ist günstig, der zur Dammunterstützung erforderliche Sand liegt hinter Tegel zu beiden Seiten der Strecke, ich möchte behaupten, in ausreichender Menge. Zum Anfang stehen am Bahnhof Tegel Hunderte von Kippwagen mit den dazu gehörenden Schmalspurgleisen. Wagen und Schienen sowie die Werkzeuge zum Holzlegen nehme man aus Geesrathshäusern. Wenn sich von unteren jetzt vorhandenen Arbeitslosen 5 Proz. finden, die Gefallen an dieser Arbeit finden, dann kann es losgehen und die Arbeitslosenunterstützungen, die jetzt nutzlos ausgegeben werden, finden ihren Niederschlag in einem bleibenden Wert, und der Arbeiterlohn im allgemeinen wird gesteigert. Hier wird etwas für Euch getan! Außer der Havelbrücke sind nur zwei kleinere Brücken zu verbreitern, eine über das Hermsdorfer Fleiß und eine über die Chaussee Tegel-Belten, ohne Rücksicht auf diese Beläden können die Erdarbeiten ausgeführt werden. Die Hauptsache ist, es werden überhaupt solche Arbeiten erst mal in Angriff genommen, um dem Elend und der Not entgegenzutreten und zu zeigen, daß eine soziale Politik getrieben werden soll, denn letzten Endes ist ja jeder Steuerzahler an den Arbeitslosenunterstützungen interessiert!

Das ganze Projekt hier zu erörtern würde zu weit führen, diese Zeilen sollen nur ein Hinweis sein, Mängel zu beseitigen und der beladenden und kommenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. F. J.

Der Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratswahlen hielt am gestrigen Dienstag seine erste Sitzung ab. Er befaßte sich zunächst in längeren Erörterungen mit der grundsätzlichen Frage, ob der Magistrat des neuen Berlin nur aus befristeten oder aus befristeten und unbefristeten Mitgliedern zu bestehen habe.

Mit Rücksicht darauf, daß über die Frage, ob es zulässig ist, daß der Magistrat nur aus befristeten Mitgliedern bestehen könne, zwei juristische Gutachten verschiedener Richtung vorliegen, wurde beschlossen, die Entscheidung solange auszuschieben, bis den Mitgliedern des Ausschusses diese Gutachten zum näheren Studium ausgedruckt sind.

Es wird daher ein Beschluß über die Zusammenlegung des am nächsten Magistrats erst in der voraussichtlich kommenden Woche stattfindenden nächsten Sitzung gefaßt werden.

Zur Kommunalisierung der Müllabfuhr.

Einer der zur Kommunalisierung überreifen Betriebe ist die Müllabfuhr Groß-Berlins, die aber vor dem Kriege von den damaligen kommunalen Klassenparlamenten mit allen Mitteln verhindert wurde.

In den Kriegsjahren wurden aber diese Vorortgemeinden gezwungen, da die Privatunternehmer nicht in der Lage waren, ihren Verpflichtungen nachzukommen, den Betrieb in eigene Regie zu übernehmen. Doch als Delegierten waren sehr oft Interessenten der Hausbesitzer die nun zu beweisen suchten, daß der Regiebetrieb unrentabel ist.

Ein Musterbeispiel dafür ist die Müllabfuhr Lichtenberg, es deren Delegierter der Stadtrat Fischer zeichnet. Dieser Herr ist eine führende Persönlichkeit in dortigen Hausbesitzkreisen und hat deshalb ein großes Interesse daran, die Ausgaben des Hausbesitzes so niedrig wie möglich zu halten.

In der Sitzung der Betriebsräte der kommunalen Müllabfuhrbetriebe Groß-Berlins wurde dazu berichtet:

Für einen 150 Literfaßten gibt der Lichtenberger Hausbesitzer 240 M., während der 200 Literfaßten bei Einzelabholung in Tempelhof 8 M. kostet. Der Preis verringert sich auch im Abonnement nicht unter 6 M. Weiter sind zur Bedienung eines Wagens ein Aufsitzer und ein Schaffner erforderlich. Der Aufsitzer wird aber außerdem und außerdem von einem Privatunternehmer für täglich 150 M. gestellt, Schaffner, 2 Hilfskräfte und das weitere Personal, das zum Abtransport des Mülls notwendig ist, stellt die Stadtverwaltung.

An hohen Ausgaben für den Fuhrwerksbesitzer und die beiden Hilfskräfte werden 150 M. und 75,40 M., das sind 225,40 M. täglich bezahlt und Einnahmen sind vorhanden, 80 mal 240 M., das sind 192 M., so daß sich hier eine Mindereinnahme von 100 M. für ein Gespann ergibt. Sogar kommen nun noch die Ausgaben für Materialbeschaffung und Reparatur, für Böden oder weiteren Abtransport. Es wird Aufgabe der Stadtverordneten sein, diesen eigenartigen Regiebetrieb einer persönlichen und sachlichen Reinigung zu unterziehen.

Ein neues Liebeswerk der englischen Quäker.

Ein Erholungsheim für Kinder und Jugendliche ist bei Klein-Rachnow auf dem Gelände des früheren Seemanns-Erholungsheims vor einigen Tagen eröffnet worden. Die Stadt Berlin hat das Grundstück samt den Gebäuden auf ein Jahr gepachtet und den Quäkern zur Verfügung gestellt. Den Betrieb des Heims haben die Quäker selber übernommen.

Gestern wurde die schön gelegene Erholungsstätte besichtigt von Damen und Herren, die in der Berliner Kommunalverwaltung und in der Jugendpflege tätig sind. Von Mitgliedern des Magistrats waren Bürgermeister Reide, Stadtschulrat Fischer, Stadtkammerer Voth und Stadtrat Soffenbach gekommen. Die Führung durch das Heim übernahmen die Heimleiterin Frau v. Heidenlamp und Direktor Häußler vom Berliner Jugendpflegeamt.

Die ganze Anlage ist mit ihren herrlichen Gebäuden und dem sie umgebenden prächtigen Park, mit ihren Einrichtungen für Wasser- und Sonnenbäder, für Liegeplätzen, Bewegungsspiele und Turnübungen in hohem Maße zu einem Erholungsheim geeignet. Dazu kommt eine ausgewählte gute Ernährung, deren Kosten die Quäker durch bedeutende Zuschüsse decken. Im ganzen sind in dem Heim 100 Kinder untergebracht, ungetauft 60 Knaben und Mädchen von 6 bis 14 Jahren und gegen Zahlung von 5 M. pro Tag 40 Mädchen von 14 bis 18 Jahren. Die Selbstkosten pro Kind und Tag betragen natürlich ein Mehrfaches von 5 M.

Ausgewählt werden die Pflanzlinge unter Mitwirkung teils der Schule und ihrer Kräfte, teils der Heil- und Pflegeanstellungen, die genesende Kinder entlassen. Die Aufnahme im Heim hängt ab von dem körperlichen Zustand der Kinder und von den Einkommensverhältnissen der Eltern. Jeder mußte die Pflegedauer auf 6 Wochen beschränkt werden, damit der Heimaufenthalt einer möglichst großen Zahl Kinder zuteil werden kann.

Zu den Missionen gehören mit jassen Ein- und Ausfuhrbewilligungen erfahren wir noch, daß das Haupt der Kaiserlich-gesellschaft, der Vorsteher Ringel, mit einem großen Vermögen, man schätzt dies auf etwa 30 Millionen Mark, über die holländische Grenze entflohen ist. Die Unterjochung gegen weitere Personen ist noch im Gange. Sie dürfte zu neuen Restnahmen führen. Der in Berlin festgenommene Provisionsreisende Paul Söndgerath stand in enger Verbindung mit dem flüchtigen Vorsteher Ringel. Auch Söndgerath trug sich bereits mit dem Plane, nach dem Auslande abzuwandern. Von einem Freunde, einem Zumeister aus Reutlingen, hatte er einen Reisepaß erhalten, den er, da die Personendokumente ziemlich auf ihn paßt, für sich verwenden wollte. Er wollte nur noch das Bild des Zumeisters mit seinem eigenen vertauschen und den Stempel auf der Photographie nachmachen lassen. Er wird dem Kölner Amtsgericht vorgeführt werden.

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D. Große öffentliche Versammlungen

mit der Tagesordnung:
Die wachsende Lebensmittelverteuerung und ihre Ursachen.

Heute, abends 7 Uhr:

Bayenhofer Ausschank (Vollbrauerei), Rübischtr. 2/3.
Deutscher Hof, Ludauer Str. 15.
Musiker-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
Berliner Vollbrauerei, Chausseest. 64.
Prachtstraße des Ostens, Frankfurter Allee 50.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 4.

Referenten sind die Genossen:

Barth, Heller, Hendel, Ruben, Dr. Löwe und Weide.

Einen Monatsantrag auf seine Ehefrau machte in der Trennung der 41 Jahre alte Schneider Franz Helm aus der Straße 46. Beim letzten Montag vormittag eine Anklageur unternehmen, von der er abends nach angetrunken in sein Lebensgeheim zurückkehrte. Als er dann mit seiner 26 Jahre alten Ehefrau in einen Streit geriet, tritt er nach seinem Revolver und gab drei Schüsse auf sie ab. Zum Glück hatten die Augen, die alle drei trafen, keine allzu schlimme Wirkung. Frau Helm hatte, als ihr Mann auf ihren Kopf zielte, die Hände vor das Gesicht gehalten und so erlebte sie die beiden ersten Schüsse ohne Schaden. Eine Kugel blieb in der Hand selbst stecken. Das dritte Geschoss drang ihr in den Mund, zerstückte einige Zähne und trat dann am Nasenbein wieder heraus. Nach der Tat ließ sie sich selbst einem Polizeiarzt vorstellen, dem er in der Trennung erklärte, daß er seine Frau habe töten wollen. Später, als er wieder klarer bei Verstand war, gab er an, nur in die Trennung geriet zu haben. Helm wurde in Haft behalten. Die Frau fand Aufnahme in einem Krankenhaus.

Ergebnisse eines Arbeitstages auf der Polizeiwache. Ein seit Januar arbeitsloser Hausdiener, der seine Arbeitslosenunterstützung bezieht und infolge seines epidehmischen Lebens schwer Arbeit findet, suchte Rettendes beim Gedächtnis beizuhelfen zu sein. Bei dieser Gelegenheit wurde er am Freitag abend tödlich, aber wieder entlassen. Am Dienstag vormittag wurde er sich wieder auf diese Weise einen kleinen Verdienst zu verschaffen, wurde dabei von einem Polizeibeamten vom Perron vertrieben und von zwei Beamten zur Polizeiwache gebracht, wobei er sich selbst tödlich angegriffen; jedoch von zwei Sicherheitspolizisten geltebelt wie ein Schwerverbrecher nach der Polizeiwache in der Wilhelmstraße gebracht. Die Verhandlung auf den Wochen hat, wie wir aus dem Besuch des Verhafteten auf der Redaktion überzeugen konnten, durch Anschließung des Gefichts und der Handgelenke sichtbare Spuren hinterlassen. Dumm kann sie gerade nicht genannt werden.

Das Kuratorium der Selmar-Solmig-Stiftung hat in einer Sitzung vom 9. d. M. beschlossen, folgende Preisaufrufen zu stellen:
1. Es soll an dem Material einer städtischen Heilmittellieferantenanstalt oder eines Berliner städtischen Krankenhauses ein Arzneianhalt oder an dem Material des Krankenhauses der städtischen Gemeinde bearbeitet werden, wie sich im Zeitraum vom 1. April 1915 bis 1. April 1920 die Ernährung der Bevölkerung in medizinischer und ökonomischer Hinsicht gestaltet.

2. Welche Erfahrungen in der Mundbehandlung lassen sich aus der Kriegszeit zweckmäßig für die Friedenskurative verwenden? Die Frage soll vom medizinischen und ökonomischen Gesichtspunkt bearbeitet werden.

3. Ein an Tuberkulose leidender verheirateter Mann (oder Frau) mit 2 unmündigen Kindern mit einem monatlichen Einkommen von 1000 M. wird gebergt entlassen. Welche Ratsschlüsse ergiebt ihm der Arzt in bezug auf die seiner Genesung förderliche Verwendung seines Einkommens?

4. Die Strahlenbehandlung der hässlichen Geschwülste. Die Einreichung der Arbeiten hat bis 1. Juli 1921 zu erfolgen. Als Preis für jede Aufgabe ist der Betrag von 2000 Mark ausgesetzt worden.

Die juristische Sprechstunde findet heute nicht von 3 bis 6 Uhr, sondern von 4½ bis 7 Uhr statt.

Der Bau des Lichtenberger Arbeitsamtes.

In der Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag wird über die Schaffung eines eigenen Gebäudes für das städtische Arbeitsamt beraten werden. Die durch Raumangel bedingte Unterbringung der einzelnen Dienststellen des Amtes in verschiedenen Gebäuden verursacht einmal eine Erleichterung des Zusammenarbeitens, dann aber auch durch das Belegen mehrerer Turnhallen der Schulen in der Markt-, Holten- und Lichtenberger Straße diese dauernd dem Turnunterricht entzogen.

Die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich am 29. April d. J. schon einmal mit dieser Vorlage. Damals wurde die Prüfung der Fragen beschlossen, ob nach der Eingemeindung am 1. Oktober das Gebäude noch erforderlich sei, und ob etwa zu diesem Zweck das Amtsgerichtsgefängnis zu einem Bureauhaus umgebaut werden könne. Beide Fragen sind inzwischen dahin beantwortet worden, daß auch nach der Eingemeindung die Notwendigkeit des Arbeitsamtes zu bestehen sei, und daß das Amtsgerichtsgefängnis nach Prüfung durch die zuständige Verwaltung und durch die Hochbauverwaltung als nicht geeignet für den Umbau bezeichnet werden müßte. Dann wurde noch in Erwägung gezogen, die städtische Gemüshalle in der Frankfurter Allee für Zwecke des Arbeitsamtes umzubauen, doch hat die Ausarbeitung des Projekts ergeben, daß sich die Kosten des Umbaus nicht wesentlich geringer als die für einen Neubau stellen würden. Endlich wurde auf Anregung Berlins mit der Gemeinde Friedriessfelde die Frage geprüft, ob das Arbeitsamt nicht in einem der dortigen Neubauten untergebracht werden könnte. Abgesehen von den Unzulänglichkeiten, die eine Verlegung des Arbeitsamtes nach Friedriessfelde mit sich bringen würde, könnte die Gemeinde geeignete Räume nicht zur Verfügung stellen.

Der Magistrat hat sich deshalb erneut mit der Frage beschäftigt und dem Entwurf der Bauverwaltung zugestimmt. Diese sieht auf der Baustelle in der Schreiberhauer Straße ein zweigeschossiges Vordergebäude und ein eingeschossiges Hintergebäude vor, und zwar im Rohbau, da die zum Rohbau benötigten Materialien zurzeit noch billiger sind, als das Holz für den Rohbau. Abgesehen von der Notwendigkeit des Baues an sich, ist auch die außerordentliche Arbeitslosigkeit für die Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen. Die Kosten sind auf 900 000,— M. veranschlagt.

Die neue Bildendruckbrücke in Reutlingen ist jetzt in der Bauausführung soweit vorgeschritten, daß sie Ende dieses Monats dem allgemeinen Verkehr übergeben werden kann. Auch die weiter nördlich gelegene Rohmühlendruckbrücke am Eingang des Reutlinger Schiffahrtskanals in den Lohndebelkanal steht ihrer Vollendung im Laufe des Monats August entgegen. Bei der im Bau befindlichen dritten Ueberführung, der Treptower Brücke, ist der Brückenbogen bereits geschlossen. Auch hier ist ein schnelles Fortschreiten der Arbeiten zu beobachten.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. 2 Pfund Frühkartoffeln (28a), ab Donnerstag 3 Pfund Kartoffeln (30a-c).

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, 21. Juli:

Gruppe Chen II. (Abteilung 19-22) Mit Rücksicht auf die heutigen Versammlungen findet die Funktionensitzung um 5½ Uhr bei Balde, Reichshofstr. 29, statt.

Morgen, 22. Juli:

2. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung der Schirm, Charlottenstraße 7-8. Fortsetzung der letzten Versammlung.
10. Abteilung. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre im Reichshof der Schule, Reichshofstr. 29, Reichshofstr.

Ein Hilfsbund für deutsche Flüchtlinge ist in der Singalademie von Mitgliedern und Freunden der Vereinigung zur Förderung deutscher Kunst und Musik gegründet worden. Er soll sich über ganz Deutschland ausbreiten. Dem Vorstande soll ein Beitrag von mindestens 30 Mitgliedern aus allen größeren Reichsteilen Deutschlands zur Seite stehen. Geschäftsstelle: Berlin W 62, Schillerstr. 9.

Aus aller Welt.

Händler und Schieber. Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete in letzter Zeit eine Reihe von Personen, weil sie verbotenen, gefälschten Ein- und Ausfuhrscheine zu hohen Preisen zu verkaufen. Einer der Betrüger wurde in dem Augenblick festgenommen, als er gegen eine Vergütung von 250 000 M. einen gefälschten Einfuhrschein verkaufen wollte, auf dem ein Objekt von 55 Millionen Mark eingeschätzt werden konnte. — In Hamburg ist man einem umfangreichen Handel mit gefälschten Zunderbezugsscheinen auf die Spur gekommen. Als Verkäufer wurde der Zunderfabrikant S. in Wandsbek wohnhaft, ermittelt, der alle Scheine von Angestellten der Zunderbezugstelle Würzburg erhalten zu haben vorgibt. Er hat sie mit einem Verdienst von 200 M. für den Schein abgegeben. Die Käufer haben große Mengen von einem hiesigen Großhändler, der die Fälschung der Scheine nicht kannte, abgegeben. Ein Käufer, der den Verbleib von zehn Zundern Zunder nicht angeben wollte, wurde in Haft genommen. Die Spur einiger Händler weist nach Würzburg.

Sport.

Sporthaus Treptow. Wir kommen auf die heute abend 6 Uhr stattfindenden Robikennen der Vereinigung Treptower Robikänner. Das Programm verspricht guten Ringkampf. Insbesondere das Stundenmannschaftsringen dürfte sehr aufwrittend werden. Die Eintrittspreise bewegen sich in mäßiger Grenze (3 bis 5 Mark).

Olympia-Robikennen. Der Sonntag bietet folgende Rennen: Der Brennabor-Preis ist den Dauerfahrern vorbehalten und führt über die Strecke von 100 Kilometer in 2. Läufern von 40 und 60 Kilometer. Der Garbath-Preis ist den Fliegern vorbehalten und führt über 1200 Meter (3 Runden). Es sind dafür 40 Medaillen eingegangen. Der Ströde-Preis (Amstifler-Premienfahren) über 10 Runden, sowie der Dürkopff-Preis (Vorgabefahren) versprechen ebenfalls guten Sport.

Messen zu Grünwald. 20. Juli. 1. Preis von Teiffen-dorf, 16 000 M., 1000 Meter. 1. Posilla (Osw. Müller), 2. Selzer (Staubinger), 3. Jahn (Baria). Tot: Sieg 55:10, M. 23, 21, 30. Ferner liefen: Richards (4), Dehne (5), Dolbe, Franz, Armitis, Konitor (6), Liner. — 2. Traum-Rennen, 2000 M., 1800 Meter. 1. Der Röhrl (Zimmermann), 2. Kinnelung (Hoffendanger), 3. Matravica (Daneš). Tot: Sieg 45:10, M. 23, 27. Ferner liefen: Heidenfeld (4), Ebor (5), Maria (6), Madamen. — 3. Ströde-Jagdrennen, 3000 M., 4000 Meter. 1. Der Sogenannte (Rufsties), 2. Ebers (Morie (Bismarck), 3. Narmolala (Halle). Tot: Sieg 55:10, M. 21, 15. Ferner liefen: Rheinbreiten (4), Honned (5). — 4. Robikennen-Rennen, 1600 M., 1600 Meter. 1. Königin der Nacht (Zimmermann), 2. Calcedon (Daneš), 3. Amos (D. Schmidt). Tot: Sieg 49:10, M. 13, 12, 13. Ferner liefen: Kramod (4), Palay (5), Blaz (6), Blau, Genitralgal, Apstel. — 5. Bobbielsti-Rennen, 4000 M., 2900 Meter. 1. Uebhaber (C. Schmidt), 2. Einpruch (Daneš), 3. Orne (Zimmermann). Tot: Sieg 50:10, M. 20, 17. Ferner liefen: Gallenberg (4), Orne (5). — 6. Gerantun-Rennen, Obrenpreis und 3000 M. 1. Sonnard (Krauslein), 2. Quabing (Zimmermann), 3. Stein-dorfer (Scholz). Tot: Sieg 34:10, M. 15, 21, 15. Ferner liefen: Ruffie (4), Rips (6), Reme (6), El Diablo (angeh.), Rüben (gef.), Pultenella, Galle Brillant (angeh.). — 7. Stadion-Kussigeln, 2200 M., 2900 Meter. 1. Dronning Wilhelmina (Blume), 2. Haras (Fier), 3. Gasmillo (Daneš). Tot: Sieg 26:10. Ferner liefen: Heist (4), Lucifer (5), Majanillo (6), Grant, Kramone, Karab, Kunderlen, Weibert, Sterna.

Rüben brach sich bei seinem Sturz eine Schulter. Der Hengst mußte daher getötet werden.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Entzug solle man einen Buchstaben und eine Nummer bei Briefliche Zustufung nicht weglassen. Gütige Entzogen trage man in der juristischen Sprechstunde, einbinder, 1. 1. Sol vor-terez links, vor. Schriftstücke und Beträge sind mitzubringen.

Die juristische Sprechstunde findet heute nicht von 3 bis 6 Uhr, sondern von 4½ bis 7 Uhr statt.

2. M. 4. Notarielle Beurkundung ist nicht erforderlich. — Warte. Teilen Sie dem Amtsgericht mit, daß Sie aus der Kirche austreten wollen. Außerdem müssen Sie sich noch Urlaub von vier Wochen und päpstlichen Innehalb sechs Wochen persönlich auf dem Gericht zwecks Aufnahme der Austrittserklärung einbringen. — P. 89. 1. und 3. Ja. Wahrscheinlich sind die Militärverordnungen, die am 31. März 1920 in Kraft waren. 2. Unter Umständen ja. — P. 2. 1876. 1. 9. M.; die üblichen. 2. Unbekannt. — Welter. Nein. — Krause. Wegen Raummangels lassen sich Ihre Fragen hier nicht beantworten. Kommen Sie in unsere juristische Sprechstunde. — R. 100. 1. Ja. 2. In die Gemeinde, in der der Abnehmer wohnt. — 1. e. 150. Zur Räumigung bedürfen Sie der Genehmigung des Mietverhältnisses. Die Welle sind und nicht bekannt. — P. 2. 185. Weiden Sie sich an das Reichsministerium des Innern, wo Sie alles Nähere erfahren. — W. 60. Die Zeichnungen finden halbjährlich statt. — M. M. 100. Nein.

Briefkasten der Expedition.

H. Konrad, Töbern N. O. Um Ausschließen der Abendausgabe ist die Post Schuld. Wir haben Beschwerde eingereicht und vom 1. Juli ab nachgeliefert.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst ziemlich heiter und etwas wärmer, später wieder, besonders im Osten, kälter bewölkt und im westlichen Küstengebiet vorübergehend Regen.

Wirtschaft

Der Berliner Produktenmarkt.

Am 20. Juli feige stellte Preise der Berliner Produktenbörse am 20. Juli: Daxer per 1000 Kilogramm loco 2000 M., ab Bahn, auf Abladung 2440-2460 M., ab Station. Tendenz matter. — Reichamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriererbsen 140-155 M., gelbe und grüne Erbsen 110-140 M., Weizen 75-90 M., Aderbohnen 100-110 M., Bohnen 70-90 M., Lupinen, blaue 45-55 M., gelbe 50-57 M., Serradelle 35-45 M., Bienenhonig, loco neues 17-19 M., Stroh drahtgepreßt 9-9 1/2 M., gebündelt 7-7 1/2 M., Trockenstängel 55-58 M., Patent Stiefeln 89-91 M.

Der erste Schlachtviehmarkt.

In Mannheim wurde auf dem Schlacht- und Viehhof der erste Schlachtviehmarkt nach dem Kriege abgehalten und damit auch der erste in Deutschland, nachdem das Reichsministerium des Innern die Kommunalverbände ermächtigt hatte, die öffentliche Bewirtschaftung von Vieh und Fleisch aufzugeben. Der Markt wurde eröffnete den Markt und betonte, daß durch die jetzt einsetzende freie Bewirtschaftung jede Steigerung der Viehpreise vermieden werden müßte. Händler und Metzger mähnen sich an die bestehenden Preisvorschriften halten. Der Preisabbau müßte mit allen Mitteln angestrebt werden. — Es waren 800 Rinder auf den Markt gebracht worden. Abends war allerdings noch nicht vorhanden. Der Handel gestaltete sich lebhaft. (Weider wird nicht mitgeteilt, welche Preise sich gebildet haben. Der "Egen" des freien Handels wird dem Volk ja nun auch beim Fleisch bald offenbar werden! Warum wir es oh.)

Neue Kohlenpreiserhöhungen.

Die vorgestrichene Vitalienberatsammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenindustrials beschloß, dem Reichskohlenverband eine Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. August vorzuschlagen. Für den Monat Juni war zwischen den Kohlenbesitzern und der Regierung die Vereinbarung getroffen worden, daß von der Lohnerrhöhung von 7,50 M. für die Schicht die Besen 3 M. tragen, während die Regierung in Höhe der restlichen 4,50 M. Guthabe für den Bezug billiger Lebensmittel herabsetzen sollte. Für Juli wird von der Regierung dieser Zuschuß in bar geleistet. Wennsleich wir für eine Stabilisierung des Kohlenpreises eingetreten sind, weil ohne für längere Zeitspannen festgelegte Kohlenpreise keine sichere Ankulation der Preisbildung sich ermöglichen lassen wird, so haben wir doch die hier getroffene Vereinbarung des Reichs an den Löhnen angegriffen, weil sie auf die Ertragskräfte der Besen keine Rücksicht nimmt. Wir haben gefordert, daß die Gewinne der Besen, die die normale Kapitalverzinsung überschreiten, dem Reich zufallen als Ausgleich für die dem Reich geleisteten Leistungsdienste. Welche Stellung die Regierung bei der bevorstehenden Erneuerung der Ermächtigung einnehmen wird, dürfte ja der Öffentlichkeit in Kürze bekannt werden.

Beginn des Abbaus der Kartoffelpreise. Dem Beispiel der Randwirte in Lippe, die gemeinsam mit den Verbrauchern den von der Regierung festgesetzten Kartoffelpreis von 25 auf 15 M. für den Zentner herabzusetzen beschlossen haben, beabsichtigen die Randwirte in der Soester Horde zu folgen. Die Preisdrückungsstelle des Preisföderations, in der Randwirte und Verbraucher sitzen, hat den Kartoffelpreis auf 16 bis 18 Mark für den Zentner festgelegt.

Für freie Fischzufuhr. Zum Verbandstag des Reichsverbandes der deutschen Fischhändler haben Vertreter entsandt: der Landesverband des brandenburgischen Fischhandels, der Deutsche Fischereibund für Hochseefischer sowie der Fischereigrößhandel von Westfalen, Bremen und Hamburg. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes, Paul Winkler (Berlin-Kreuzberg), verlangte Schlichtung der Differenzen mit dem Großhandel an dem Wohnort des Fischhändlers sowie Haftung für die Schäden durch Verzögerung der Lieferungen durch die Großhändler. Nicht das Gewicht am Verhandlungsplatz, sondern das am Lieferungsort soll maßgebend sein. Weib-Berlin sprach für die

freie Fischzufuhr und Verbilligung der Auslandsfische, Verminderung des Risikos durch Beschleunigung der Transporte und Verbilligung des Eisenbahndienstes, Haftung der Eisenbahn für alle Schäden in ihrem Betriebe, Recht der freien Kaufkulation im Rahmen der Friedenssäge.

Die amtlichen Indizes. In der letzten Zeit brachte die Presse mehrfach Anfragen, wann die Veröffentlichung der Ergebnisse der amtlichen Lebenshaltungstabelle erfolgen werde. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, ist die Berechnung der Indizes bis zum Monat April einschließlich beendet. Die Veröffentlichung steht unmittelbar bevor.

Der Steuerschwindel auf dem Lande.

Während Arbeiter, Angestellte und Beamte mit ihrem ganzen Einkommen durch den Steuerhahn erfaßt werden, erfolgt die steuerliche Erfassung der ländlichen Besitzter, insbesondere mit ihrem Vermögenszuwachs und den Kriegsgewinnen, in einer die Steuerermoral höchst bedrohenden Weise. Es soll auf dem Lande ganz und gar kein, daß der veranlagende Steuersekretär gegen Entgelt, insbesondere in Naturleistungen, selbst für die Pauern die Veranlagungen bearbeitet, die er dann zu prüfen hat, und es wird von sachkundiger Seite behauptet, daß sich so schwere Schäden hier herausgebildet haben, daß ein sehr gründliches Eingreifen des Reichsfinanzministeriums dringend notwendig sei. Es wird für notwendig gehalten, daß die Leiter der Finanzämter dienstlich feststellen, welche Steuererklärungen auf diese unzulässige Art zustande gekommen sind. Erforderliches soll aufgefordert werden können, wenn Nachprüfungen in den freien Texten und Niederbarnim usw., die einen so lebhaften Schieberverkehr mit Berlin unterhalten haben, angeht. Zeitachteil sollte werden, welche steuerpflichtigen "Anschaffungen" gemäß § 8 Ziffer 4 des Vermögenszuwachssteuergesetzes gemacht worden sind, andererseits sollen große Beträge gebührend sein, um für steuerliche Erfassung zu entscheiden. Warum macht man von der Verbilligung der Steuererklärung keinen Gebrauch, wo es doch so sehr darauf ankommt, daß jeder Mann nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden soll.

Hierbei mag noch auf ein anderes, auch gerade beim ländlichen Grundbesitz in den letzten Jahren hervorgetretenes Uebel hingewiesen werden. Unter dem Einfluß der bekannten Verhältnisse — hohe Preise für landwirtschaftliche Produkte und gleichzeitige Beherrschung hoher Kriegsgewinne "untergrundig" — sind für die Güter ganz außerordentlich hohe, mitunter geradezu phantastische Kaufpreise gezahlt worden. Hier ist nun die Initiative eingegriffen, zum Zweck der Steuerersparnis die Kaufsumme in den den Steuerbehörden einzureichenden Verträgen wesentlich niedriger als wirklich bezahlt angegeben, um so einen größeren Teil, wie der Terminus technicus lautet, "unter den Tisch fallen zu lassen". Auch hier ist den Steuerbehörden dringend anzuraten, namentlich in Betracht der ganz enormen unter den Tisch gelassenen Summen, von allen ihr zu Gebote stehenden Nachmitteln, besonders auch wieder Verbilligungen, Gebrauch zu machen.

Von Seiten der Steuerbeamten werden gegen die Verbände aber auch sehr große Klagen erhoben wegen der völlig unzulässigen Begleichung der Diatäre, die in sehr großem Umfang die Arbeiten der Steuersekretäre zu machen haben gegen eine völlig unzureichende Entschädigung von 80 M. monatlich. Wie kann das Reich aber erwarten, daß die Steuerbeamten unbeschädigt bleiben sollen, wenn man sie als Diatäre so schlecht entlohnt, daß sie sich selbst nicht erhalten können. Ferner muß festgestellt werden, daß von den Kandidaten, die sich zur Ausbildung als Steuerbeamte zur Verfügung gestellt und an den Lehrkursen teilgenommen haben, die mit kaufmännischer Praxis zurückgestellt und Offiziere sehr stark bevorzugt worden sind, ferner zum großen Schaden der Steuererfassung, zu der Personal notwendig ist, das selbst im Geschäftsbereich gestanden hat und mit allen seinen Geheimnissen vertraut ist.

Eine sinnlose Verschleuderung.

Dem Friedensvertrag gemäß muß die Festung Belfort geschleift werden. Die Art, wie das geschieht, fordert den härtesten

Protest heraus und macht das sofortige Eingreifen des Reichsfinanzministeriums notwendig, damit der sinnlosen Zerstörung und schändlichen Räuberei, die nach einlaufenden Berichten dort erfolgen soll, bald ein Ende gemacht wird. Die Schäden des Altmaterialhandels sind dort am Werk. Vor allem sollten die Baustoffe, die sich für den Heimstättenbau wieder verwenden lassen, vor der gewaltsamen Vernichtung geschützt werden. Wir hoffen, daß die Reichsbehörden die Schleifung der Festung als wirtschaftliche Aufgabe behandeln werden.

Soziales.

Kein Hausgeld für Erwerbslose.

Diesen Grundsat hat das Reichsversicherungsamt in einer jetzt veröffentlichten Entscheidung aufgestellt, die zwar nach dem Wortlaut der in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen unanfechtbar ist, in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit aber die Familienangehörigen der Erwerbslosen besonders hart trifft.

Mit der Gewährung von Krankenhauspflanze fällt bekanntlich bei arbeitsunfähig Kranken Kassenmitgliedern das Krankengeld fort. An Stelle desselben soll gemäß § 186 der Reichsversicherungsordnung den Versicherten, die bisher von ihrem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten haben, ein Hausgeld für die Angehörigen in Höhe des halben Krankengeldes gezahlt werden. Kein wörtlich genommen, kann nach dieser Bestimmung ein Versicherter also nur dann die Gewährung eines Hausgeldes beanspruchen, wenn er vor der Krankenhausbehandlung gearbeitet und aus seinem Arbeitsverdienst den Unterhalt seiner Angehörigen ganz oder überwiegend bestritten hat. Diesen Standpunkt nimmt auch das Reichsversicherungsamt ein. Es stellt in seiner Entscheidung fest, daß die Erwerbslosenunterstützung keinen Arbeitsverdienst im Sinne des § 186 der RVO. darstellt, denn Arbeitsverdienst ist nach seiner sprachlichen Bedeutung der Verdienst aus einer Arbeit, also einer Entfaltung geistiger oder körperlicher Tätigkeit zu wirtschaftlichen Zwecken.

Anderer und eigener Art dagegen sind die Beiträge aus der Erwerbslosenfürsorge, die nach der Absicht des Gesetzgebers und den ausdrücklichen Bestimmungen der Verordnung allen arbeitsfähigen und erwerbswilligen Personen gewährt werden, die infolge des Krieges in eine bedürftige Lage geraten sind. Diese Beiträge können daher nicht als Arbeitsverdienst gelten. Mag der Erwerbslose auch mit dieser Unterstützung vor der Krankenhausaufnahme Angehörige unterhalten haben, aus seinem Arbeitsverdienst hatte er es jedenfalls nicht getan, und damit, sagt das Reichsversicherungsamt, fehlt den Krankenkassen jede Möglichkeit, für die Angehörigen von Erwerbslosen Hausgeld zu zahlen. In einer früheren Revisionsentscheidung hatte das Reichsversicherungsamt die Worte "bisher von seinem Arbeitsverdienst" dahin ausgelegt, daß der Versicherte unmittelbar vor seiner Erkrankung von seinem Arbeitsverdienst Angehörige unterhalten haben muß. Nun trifft es ja nicht immer zu, daß der Versicherte sofort nach der Erkrankung Krankenhauspflanze benötigt. Dieser Zustand kann vielmehr erst weit später, z. B. in der 20. Krankenwoche eintreten. In einem solchen Falle hat dann der Kranke auch nicht kurz vor der Krankenhausaufnahme aus seinem Arbeitsverdienst Angehörige unterhalten, sondern lange vorher. Damit unterscheidet er sich in nichts mehr von dem Erwerbslosen, der vielleicht noch 10 oder 5 Wochen vor der Krankenhausbehandlung gearbeitet und aus seinem Arbeitsverdienst den Unterhalt seiner Familie bestritten hatte. In Anlehnung an seine frühere Stellungnahme hätte also das Reichsversicherungsamt sehr wohl das Hausgeld auch solchen Versicherten zubilligen können, die unmittelbar vor ihrer Erwerbslosigkeit aus ihrem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten haben. Da von der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes sehr viele Familienangehörige Erwerbsloser schwer betroffen werden, und die Vorarbeiten zur Revision der Reichsversicherungsordnung noch längere Zeit beanspruchen, ist wohl zu erwarten, daß das Reichsversicherungsamt recht bald seinen Standpunkt zugunsten der Erwerbslosen ändert. Bis dahin wird es notwendig sein, daß die Erwerbslosenfürsorge sich dieser Familienangehörigen annimmt. Gustav Basewitz.

Saison-Ausverkauf

Die Preise, zu denen wir unsere Waren abgeben, bieten eine seltene Gelegenheit, gutes Schuhwerk wirklich spottbillig zu kaufen. Verkauf nur, solange die Vorräte reichen. Umtausch ausgeschlossen

Der grosse Andrang in unseren Geschäften veranlaßt uns, bekanntzugeben, dass die Warenbestände unserer Filialen aus den Reservelagern der Zentrale fortlaufend ergänzt werden, solange die Vorräte reichen

Erstauslich billige Saison-Ausverkaufs-Angebote auch in unseren Blusenhäusern Tauentzienstr. 20 und Leipziger Str. 65

Leiser

Preisherabsetzung

- | | | | |
|--|--------|---|-------|
| Jackett-Anzüge
aus englischen Stoffen, beste Passform, von 1900- herabgesetzt auf | 1250.- | Culaway und West
savage, Cheviot, herabgesetzt auf | 575.- |
| Jackett-Anzüge
aus mod. halbbaren Stoffen
erstklassig. Zusetzen
von 1400.- | 1100.- | Bozzer Mäntel
herabg. auf | 390.- |
| von 1150.- | 790.- | Gumm-Mäntel,
neueste Formen
ringherum mit Gurt, von 790.- auf | 590.- |
| auf | 690.- | Hosen, schöne, moderne Stoffen
von 125.- auf | 95.- |
| Tourist-Anzüge
herabg. auf | 690.- | von 475.- auf | 290.- |
| | | von 390.- auf | 180.- |

Achtung! Radfahrer! Achtung!
Schont Euren Gummi
durch unsere gefelcht geschäfte
Gleitschutzdecken
aus Spezial-Gummistoff-Gurt!
Unermülich, da Durchdring mit Spezialmedien
aus bestem Siemens-Martin-Stahl versehen.
Man verlange Prospekt!
Schumann, Wolff & Co., Bitterfeld
Leipzig 107. Fern. Sachsen. Tel.-Nr. 22000.
Blas- und Besetzungsversteher gesucht.

Giftfreie naturgemäße Behandlung
von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,
ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende
Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem
Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9-11, 2-4, Sonntags 10-11.

Schönes und reines Gesicht
erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode.
Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen,
Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw.
verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.
C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen.
Sprechstunden: 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-1, Auskunft kostenlos.

Wir garantieren für sofort. Wirkung unserer Präparate

Darum lassen Sie sich nichts anderes aufreden!
"Pax"-Wannentod Radikalmittel in Flaschen 3,75, 5,50 und 8,25 Mark.
"Reyherol" Nr. 1 gegen Krätze, Hautjucken, Hautausschläge usw. Flasche 7.- Mark.
"Reyherol" Nr. 2 - Haarwasser - vertilgt sicher Kopfläuse und Brut, beseitigt Schuppen, Schinnen, Jucken der Kopfhaut. Flasche 5.- Mark.
"Mottentöter". Bester und sauberster Mottenschutz. Paket 80 Pfennig.
"Schuppenfrei" - Antiseptisches Haarwasser - Für Haar und Kopfnerven.
"Schuppenfrei" - Kamille - Spez. für blondes und hellblondes Haar. Einheitspreis Flasche 8,75 Mark.
Zu haben in allen Apotheken und Drogerien, wo nicht, direkt durch
Reyher & Behrens, Fabrik pharm.-techn. Präparate, Berlin S 89.

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Caid 40's die gute Zigarette

MASSARY ZIGARETTEN

Theater, Lichtspiele etc.

Staatl. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Allabendl. **Die Strohwitwe.**
7 1/2 Uhr:
Musik von Leo Blech.
Großes Schauspielhaus.
7. Julius Cäsar (24. Abt., 5. Ab.)
Do.: Jul. Cäsar (25. Abt., 5. Ab.)

Deutsches Theater.
8 Uhr: **Weih u. Hampelmann**
Kammerspiele.
8 Uhr: **Die Notbrücke**
Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe BfL Zoo).
8 Uhr: **Büchse der Pandora.**

Theater des Westens
Max Pallenberg
Gisela Werbezirk:
8 U.: **Rabenvater**
Schiller-Theater.
Hans Waßmann:
8 Uhr: **Der ehem. Leutnant**

Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: **Gastfährnis.**
Komödienhaus
8. D. Reise in die Mädchenzeit.
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Der letzte Walzer**
Die Tribüne
8 Uhr: **Bunbury.**
Friedr.-Wilhelmstr. Th.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: **Elise Lensing**
Komische Oper
7 1/2 Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Der ungetreue Eckehart**
Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: **Im weißen Rössl**
Neues Central-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Dame im Frack.**
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: **Natural-Phantast Ballett**
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: **Die 3 Zwillinge**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Hoheit die Tänzerin.**
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: **Eine Nacht im Paradies**
Theater 1. d. Alt. Jakobstr.
7 1/2 Uhr: **Die verschwund. Pauline.**
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Die Internationale.**

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4: **Der gute Ruf.**

Trion-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Allabendlich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
Maskerade
von Ludwig Fulda.
Sonntag 4 Uhr: **Störenfried.**

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Circus Busch
Gebäude.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Gr. Spezialität - Vorst.

Theater am Kottbuser Tor.
Elite-Sänger
Täglich 7 1/2 Uhr.
Gastspiel d. Original-
Leipziger
Fritz-Weber-
Sänger.
Vorverkauf 11-1/2 u. 4-6 Uhr.

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Linienstr.
7 1/2 Uhr:
Filmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Volkshöhne
Theater am Bülowplatz.
3 Uhr: **Die Fledermaus.**
7 1/2 Uhr: **Bruder Martin**

Lessing-Theater.
Sommerspielzeit
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in **D. Glas d. Jungfrau**
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die bessere Hälfte
mit Max Adalbert.

APOLLO
7 1/2 Theater 7 1/2
Direkt. James Klein.
Juli 1920
Neue
Natura
lebende
Kunstwerke
Maßvoll-kühne
TODESFABRIK
2 Aegirs
am Meergrund.
Mary
ZIMMERMANN
v. Dtsch. Opernhaus
in ihren Tänzen
u. weitere Sensation

Admirals-Palast
7 1/2 U.: **Filirt in St. Moritz.**

Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Musik d. Fretten
u. d. Stett. Sänger
Varieté-Vorst.
und **Burleske**
Mit 1. S. 20
wieder **Stettiner Sänger**
Dönhofs-Brenti 1. St. 6 1/2 U.
Garten u. Saal 7. Sonntag 6 U.

Neue Welt!
Arnold Scholz Hasenheide
Mittwoch, den 21. Juli.
III. Gr. Erntefest
Kinderbelustigung: Sack-
hüpfen, Topfschlag, Wett-
laufen, Fackelzug, Marion-
etten-Theater. Großer
Erntefestzug, außerdem
Konz. Vorst. u. Ball.
Die Kaffeeküche ist geöffnet.
4 Uhr Anfang 4 Uhr.

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Kleins) Hasenheide 15.
Täglich 8 Uhr:
Prinz u. Bettlerin
Schwesterstück
von Krone und Fessel.
An 5 1/2: Die neuen Spezialt.

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53-54
Gastspiel
Hermann Krause
Tactu
Assen-Trio
und das große
Varieté-Programm

Urnioob Blut
Zur Ausschneidung aller scharfen
und kranken Stoffe aus
Blut und Säften, gegen Blut-
andrang, rotes Gesicht, Haut-
unreinigkeiten ist mein **Blut-
reinigungspulver Sallarin**
seit über 25 Jahren wirksam
erprobt. Sch. 4.00. Uebel. 3
Schacht. 11.50. Otto Reichel.
Berlin 43, Eisenbahnstraße *

Armeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
faßt und läßt höchste Preise
Berlin SW.
Spez.-Beh.
nur für **Ischias**
in Hüften, Gesäß und Beinen.
Da schwere Fälle in 15 Tag.
beseitigt werden, hierüber un-
antastbare Heilerfolge be-
stehen und Referenzen
invalidenstr. 106
von 9-3. **Jacoby**

Etam

Rosenthaler Str. 44 | Leipziger Strasse 65
Tauentzienstrasse 10 | Kleist-Strasse 24
Leipziger Strasse 107 | Martin-Lutherstr. 95

Schleierstrumpf

1a. Maco Qualität, feinsädig
durchsichtig, doppelte Sohle,
schwarz, braun, grau ... Mk. **14.50**

Damenstrumpf

Doppelte Sohle, gute Baumwoll-
Qualität, schwarz, weiss, braun,
grau Mk. **9.75**

Sieben erschien, herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der
Kommunistischen Internationale (in Kommission Francke Verlag, Leipzig)

N. LENIN:

Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus.

Inhalt: 1. In welchem Sinne kann man von der internationalen Debatte der russischen
Revolution sprechen? — 2. Eine der Hauptbedingungen des Erfolges der Bolschewiki. —
3. Die wichtigsten Etappen in der Geschichte des Bolschewismus. — 4. Im Kampfe mit
welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachen,
erstarkt und so gefährt worden? — 5. Der „radikale“ Kommunismus in Deutschland. —
6. Können Revolutionäre in reaktionären Gewerkschaftsvorständen arbeiten? — 7. Muß
man sich an den bürgerlichen Parlamenten beteiligen? — 8. Reizerei Kompromisse. —
9. Der „radikale“ Kommunismus in England. — 10. Einige Schlussfolgerungen. Anhang:
Die Spaltung der deutschen Kommunisten. — Die Kommunisten und die Unabhängigen
in Deutschland. — Turin in Italien. — Falsche Schlüsse aus richtigen Voraussetzungen.
Preis M. 4.— bessere Ausgabe. . . Billigere Ausgabe M. 2.50.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der K. P. D., Neudamm, Wochens. 60,
Siebelferbuchhandlung, Berlin, Nansenstr. 1, und durch alle Buchhandlungen.

Zigarren

Suche nach einige Dauer-
abnehmer für Zigarren (keine
Blatrollen) in der Preisliste
400 bis 1450 pro 100, 1/2 und
1/3, dreifach, Probe - Paket
100 Stück loziert. (1/2
60 Kleinverkauf 100 Stk. 42.—
70 „ „ 100 „ 54.—
80 „ „ 100 „ 60.—
90 „ „ 100 „ 65.—
100 „ „ 100 „ 72.—
120 „ „ 100 „ 90.—
150 „ „ 100 „ 105.—
180 „ „ 100 „ 130.—
200 „ „ 100 „ 145.—
Rachmabepaket 900 „ 763.—

Fritz H. Ziegler,
Berlin 68, Köpferstraße 30

Dr. med. Holländer,

Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden
Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berührung,
Blutuntersuchung.
Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen, Mk. 2.50
Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II.
Täglich 11-1, 5-7, Sonntags 11-1. 187/4*

Erfinder

beziehen sich zur Anmeldung
und Verkauf ihrer Erfindungen,
Ideen eines Patentfachmannes.
Rat und Auskunft kostenlos!
Erfolg: u. a. Verkauf eines
Patentes durch unseren Mit-
arbeiter für
850 000 M.
F. Erdmann & Co.,
Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Dr. med. Grütering

Haut-, Horn-, Unterleibsleiden
u. Mann u. Frauen, Blutunter-
Invalidenstr. 45, Ecke
Chausseest. Stett. BfL Spr.
Wochentäglich 11-1, 1/2-1/2.

Preisermäßigung bis 50%, bei Modellen darüber

Großer Saison-Ausverkauf!!

(Erster nach 6 Jahren)
Besuch möglichst vormittags erleben, da nachmittags zeitweise
starker Andrang!

Das Sommerlager soll total geräumt werden.
(Nur bekannt gute Qualitäten.)

Einige Beispiele: Sportjacken 18⁰⁰, Uebergangs-
paletots 54.—, Trikot-Sportjacken 48.—, Fantasie-Sport-
jacken 125, 185, 245, Impr. Mäntel 89.—, Gummimäntel
für Damen 245, 365, 450, Gummimäntel für Herren
395, 455, 565, Kostüme 125, 255, 485, Lodenmäntel 390.—
Lodenkostüme 545.—, Stoffröcke 44.—, Imp. Seidenmäntel
290, 375, Winter-Ulster 129, 235, 365, Astrachanmäntel
395, 475, Pelzmäntel 2400, 4500, 6900, Plüschmäntel
850.—, 1175.—, 1590.—

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

Holzwarenfabrik Hildburghausen

Aug. Schultze in Hildburghausen (Thür.)
gegründet 1878.
Liefert direkt an Private

Handleiterwagen, Marke Hildburg

(patentamtlich geschützt).
Besonders starke Bauart, größte Breite ca. 78 cm, Leiter-
länge ca 91 cm, flache Kastensprossen mit abgerundeten
Kanten, kräftiger Boden, 17 mm starke, gedrehte Eisen-
achsen, schwere Flachspeichenräder mit Gußbüchsen, ge-
schweißten, warm aufgezogenen Eisenreifen und dreifachen
Naben- und Speichenringen.
Gewicht ca. 26 Kilo, Tragkraft 3-4 Zentner.
Preis freibleibend 150 M.
Solider abnehmbarer Kasteneinsatz 25 M. extra.
Fracht für einen Wagen nach Berlin 7 M.

Unlon-Klub, Berlin.

Annahme für Vorwetten

für Rennen in Berlin und im Reich
Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge.
Kurfürstendamm 234 Neukölln, Bergstr. 43
Bayerischer Platz 9 Potsdamer Straße 23a
Oranienburger Str. 48-49 Kurfürstendamm 65
Schöneberg, Hauptstr. 9
und Theaterkassen der Firma A. Werthelm:
Leipziger Straße 126 Tauentzienstraße 12a
Rosenthaler Straße 29-31 Nollendorfsplatz 7
Mortitzplatz Rotenower Straße 2
Königsstraße 31-32 Planitzer 24

Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 3 Stunden vor Beginn des
ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag.
Postaufträge werden
nur Schadowstraße 8
angenommen.
Ausführliche Wettbedingungen in allen Wettannahme-
stellen erhältlich.

Stellenangebote

2. Bezirksleiter für Halle (Saale)

zum mögl. bald. Eintritt gef.
Bewerber mit rebusartiger und
organisatorischer Praxis wollen
Prüfung und Angaben der bis-
herigen Tätigkeit sowie Gehalts-
ansprüche bis 31. Juli an die
Adresse des unterzeichneten
Bezirksvorstandes einreichen.
Reinh. Beter,
Halle a. S., Klausbergstr. 6a.
Spielwaren
Fabrikation (ausgestopfte
Nähen, Katzen usw.) wird tüch-
tiger Fachmann (Meister)
gesucht. Offert. unter J.R. 4377
an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Tüchtige, branchekundige
Verkäufer, Verkäuferinnen u. Kassiererinnen
per sofort gesucht. 807D
Salamander, Schuhgesellschaft m. b. H.
Berlin, Friedrichstr. 182, Zentralbureau
Perfekte Schreibmaschinistinnen
für Betriebe und kaufmännische Betriebe wollen sich sofort
melden. Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, kaufmännische
Fachabteilung, Friedrichstraße 110/112, Passage-Kaufhaus,
9-1. Vermittlung kostenlos. 113/14

Das Anschaffungsamt der Stadt Berlin,

Kommandantenstr. 80/81, sucht zu möglichst baldigem Eintritt in verantwortl. leitende
Stellungen):
1) für seine

Textil-Abteilung

einen **durchaus erfahrenen Fachmann** (Metierzaren, Renflektion und
Wäsche) von bewährtem feinem Charakter, der (sowohl über bedeutende kaufmännische Kenntnisse
verfügt, als auch im Einkauf und der Leitung einer sehr großen Abteilung durchaus bewandert ist.
2) für die

Organisation und kaufmännische Leitung

feines sehr verzweigter Betriebes einen
erfklaffigen, erfahrenen Organijator,
welcher sich über seine Leistungen in großen Unternehmungen ausweisen kann und imstande
ist, eine durchgreifende, alle Betriebe umfassende Durchhaltung und Organisation einzuführen.
Zur Angebots von mirlich tüchtigen Persönlichkeiten mit tiefem, einwandfreiem
Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Zeugnisbescheinigungen und Bild finden Berücksichtigung.

Unseren Freunde u. Genossen
Hermann Gohle u. Frau
Friedrichsberger Straße 22
Berghausen
zur Silberhochzeit!
Die Genossen des 156. Stadt-Bez.

Allgemeine
Ortskrankenkasse
Berlin-Lichtenberg
Einladung
zur außerordentl. Sitzung
des Ausschusses zu
Mittwoch, 4. August 1920,
abends 7 Uhr,
im Kassenlokal zu Berlin-Lich-
tenberg, Rogdalenstr. 16, L.
Tagesordnung:
1. Eröffnung einer Genkassa-
kasse für die Angehörigen.
2. Die Artzege.
3. Kasseneingehalten.
Der Vorstand:
D. Seitel, Vorsitzender.

Außerst
vorteilhaftes
Tabak-Angebot
An Verbände, Vereine, Ge-
werkschaften u. Fabriken
lieferer meine bewährten
Uebersee-
Nutzen-Tabake
Vollkraft u. Landbote
Bei Bezügen von 10 Pfd. an
franco incl. Verpackung zu
äußersten Fabrikpreisen.
Man verlange Ausstellung.
Gust. Becher Jr.
Eilberfeld Schwanenstr. 7
Tabakgroßhandlung

Hautluden besond. in der
Wetwarme zu
leichten Stellen reizend (keine
rot. Punkte, wässrige Bläschen)
Reizt leicht sich Epith. Schanz
Hautauschlagstoffe. Zeigle (ist
einer Reiz unbedingte Erfordernis)
12.50 M. u. Pers. Glanzende
Dunkelbraun. Preis 10 M. u. u.
Einzelst. 5 M. Chemisch (Gehalten).

Düffrischen
Brenntorf
Saison 1920
Liefert woggenweise nach jeder
Mengenbest. an Stationen
Hausbesitzer. Preisangabe auf
Anfrage. 8102*

D. Maeder,
Wetthausen (Düffrischen).
Kupier... 8,20
Messing... 4,20
Blei, Zink 2,20
Rotguß... 7,20
Zinn bis 25,—
Schulzendorfer St. 2

Stellenangebote
2. Bezirksleiter für Halle (Saale)
zum mögl. bald. Eintritt gef.
Bewerber mit rebusartiger und
organisatorischer Praxis wollen
Prüfung und Angaben der bis-
herigen Tätigkeit sowie Gehalts-
ansprüche bis 31. Juli an die
Adresse des unterzeichneten
Bezirksvorstandes einreichen.
Reinh. Beter,
Halle a. S., Klausbergstr. 6a.
Spielwaren
Fabrikation (ausgestopfte
Nähen, Katzen usw.) wird tüch-
tiger Fachmann (Meister)
gesucht. Offert. unter J.R. 4377
an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Deutschlands Neutralitätserklärung.

Zum polnisch-russischen Kriege.

Amlich. (WZ.) In der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers“ wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht.

„In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetregierung entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reich und für die Deutschen im Ausland die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.“

Berlin, den 20. Juli 1920.

Der Reichspräsident: **Ebert. Simon.**“

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Nach Litauen neutral.

Romno, 20. Juli. Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: Das russische Radio-Telegraphenbureau berichtet aus Moskau vom 19. Juli ebenfalls, daß die litauische Republik zusammen mit den Russen gegen Polen gehe. Diese Meldung stimmt mit den Tatsachen nicht überein, denn das litauische Heer fecht nur die von den Polen besetzten (und wohl heißen: von Polen gesäuberten. Die Red.) Gebiete und verhält sich im übrigen in strenger Neutralität.

Ein heldenhafter Oberstaatsanwalt.

Die Hecke gegen den Oberpräsidenten Göring.

Seit einiger Zeit hat die reaktionäre Dek- und Verleumdungsmaschine sich den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Genossen Göring, zum Opfer erkoren. Der Grund ist sehr naheliegend: Genosse Göring ist das Schicksal aller Beamten, die ihr Amt nicht nach den Wünschen der Deutschnationalen ausüben und deswegen in niedrigster Weise von unseren tugendhaften Reaktionsären systematisch verleumdet, verächtigt und beschimpft werden. Zunächst übernahmen diese „Patrioten“ eine abgehandene Lüge, die von den Polen fabriziert war in der Zeit, als Genosse Göring noch Oberschlesien als Staatskommissar verwaltete. Wegen angeblicher „Schiebergeschäfte“ brachten sie eine kleine Anklage im Landtag ein, die von den reaktionären Mäthern der Provinz Sachsen begierig abgedruckt wurde. Da aber Genosse Göring diese Verleumdung sehr schnell widerlegte, mußte ein anderes Geheimmittel erfunden werden.

Zu diesem Zweck haben sich die Deutschnationalen die Staatsanwälte aus Meiningen und Jena zu Helfern erkoren. Durch sie soll nachgewiesen werden, daß Genosse Göring bei Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung häufig verfaßt habe.

Wie steht es damit? Am 12. April ernannte die Reichsregierung den Oberpräsidenten Göring zum Reichsregierungs-Kommissar für die Provinz Sachsen mit Ausnahme der Kreise Schleusingen und Siegenried. Diese beiden Kreise wurden Geheimrat Holle in Gotha unterstellt. Einige Zeit später schickte der frühere Landrat des Kreises Schleusingen, der deutschnationale Herr Mangold, an den Oberpräsidenten einen Bericht über die Zustände im Kreise Schleusingen. Obgleich dieser Bericht so übertrieben war, daß er fast an Unwahrheit grenzte, hielt der Oberpräsident es doch für richtig, eine Abschrift des Berichtes an den Justizminister an. Er legte darin nicht, daß er selber sich nicht an die zuständige Behörde gewandt, absolut nichts unternommen hätte, sondern schwarzte den Oberpräsidenten Göring an, obgleich der Oberstaatsanwalt wußte oder wissen mußte, daß nicht der Oberpräsident Göring, sondern Geheimrat Holle, Gotha zuständig war.

Inzwischen wurde der Belagerungszustand über Thüringen und den Kreis Schleusingen aufgehoben. Das ging dem Oberstaatsanwalt gegen den Strich. Plötzlich fertigte er einen Bericht an den Justizminister an. Er legte darin nicht, daß er selber sich nicht an die zuständige Behörde gewandt, absolut nichts unternommen hätte, sondern schwarzte den Oberpräsidenten Göring an, obgleich der Oberstaatsanwalt wußte oder wissen mußte, daß nicht der Oberpräsident Göring, sondern Geheimrat Holle, Gotha zuständig war.

Und nun kam das Tragische. Der Justizminister hat den Bericht an die Reichsregierung gegeben und diese verhängte über den Kreis Schleusingen den Belagerungszustand und ernannte am 28. Juni den Oberpräsidenten Göring auch für diesen Kreis zum Regierungskommissar. Der Oberpräsident war vollständig überrascht und konnte es sich gar nicht erklären, warum über diesen Kreis mit seiner munteren Ruhe und Ordnung der Belagerungszustand verhängt wurde. Nur sich aber jeden Vorwurf zu ersparen, sandte er sofort einen Kommissar nach Schleusingen und verlangte über die dortigen Zustände genaue Bericht. Der Kommissar hat an Ort und Stelle die Verhältnisse studiert, Vertreter aller Parteien und Behörden befragt und festgestellt, daß völlige Ruhe und Ordnung herrschte, und im ganzen Kreise Schleusingen nur eine Meinung vorhanden war, nämlich daß die Verhängung des Belagerungszustandes weiter nichts als grober Unfug war. Darauf setzte der Oberpräsident den Belagerungszustand nur formell in Kraft und als Antwort auf den ganzen deutschnationalen Schwindel beantragte er die Aufhebung des Belagerungszustandes über die ganze Provinz Sachsen, also auch den Kreis Schleusingen.

Das ist der wahre Sachverhalt über den Kreis Schleusingen und auch über den Oberstaatsanwalt in Jena, den sich der Justizminister etwas näher ansehen sollte. Deshalb treibt nun die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 33 vom 14. Juli) und mit ihr alle deutschnationalen Blätter und Blättchen, ebenso alle Blätter der Deutschen Volkspartei und leider auch einige rechtsdemokratische Blätter, diese Hecke gegen den Oberpräsidenten Göring? Des Rätsels Lösung ist, daß der Oberpräsident Göring eben Sozialdemokrat ist. Göring hat den „Heller“, den deutschnationalen Schwindel nicht zu glauben und ihn rücksichtslos aufzudecken, so die Fabel von der roten Armee, den Generälen usw. Göring läßt den Unabhängigen Vereinstag wiederleben, und das ist das Kurdiabole, daß er auch diese für Amtsvorsteher- und Landratsposten und andere Ämter für geeignet hält. Oberpräsident Göring hat eine Reihe reaktionärer Offiziere, Landräte usw. die gegen die Interessen der Republik arbeiten, entfernt. Göring hat viele Hunderte Arbeiter, die in den Kappwägen und Gefängnis saßen, nur weil er gegen die Kappisten kämpfte, aus den Gefängnissen entlassen. Suez, der Oberpräsident

regiert nicht nach dem Geschmack der Deutschnationalen. Deshalb muß er als unfähig, als verlogen hingestellt und mit allen Mitteln verleumdet und mit Schmutz bemorfen werden!

Die Verminderung der Reichswehr.

Halbamtlich wird bekanntgegeben: Die Reichswehr muß nach dem Vertrage von Spa zum 1. Oktober auf einhundertfünfzigtausend Mann, gegliedert in zehn Reichswehrgregaden und drei Kavalleriedivisionen, zurückgeführt sein. Am 1. Januar 1921 muß die im Versailles Frieden vorgeschriebene Stärke von einhunderttausend Mann, gegliedert in sieben Infanterie- und drei Kavalleriedivisionen, erreicht sein. Die Bildung der drei Kavalleriedivisionen ist zurzeit schon durchgeführt. Die sieben Infanteriedivisionen sollen in ihrer vorkriegsmäßigen Form bereits zum 1. Oktober dieses Jahres gebildet werden. Die fünfzigtausend Mann, die vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1920 noch beibehalten werden können, werden in weitere drei Reichswehrgregaden (zwei im Wehrkreis 3 und eine im Wehrkreis 4) oder in kleinen Formationen, die den Divisionen angegliedert werden, untergebracht. Zum 31. Dezember 1920 werden auch diese mit den bestehenden Verbänden vermischt. Es wird bei der Verminderung angestrebt, daß eine gleichmäßige Verringerung in allen Wehrkreisen stattfindet, so daß eine Benachteiligung eines Truppenteils nicht möglich ist. Ueber die Art der Verjüngung der ausscheidenden Reichswehrgregaden (schwedisch noch Verhandlungen).

Der Entwurf zum Reichswehrgesetz liegt dem Reichsrat vor. Die Beratungen beginnen in den nächsten Tagen. Der Gesetzentwurf wird der am 26. Juli beginnenden Tagung des Reichstages vorgelegt.

Dem Verdienste seine Kronen.

Der belohnte Reichswehrpoet.

Die „Freiheit“ bewundert sich, daß bei der „Spartakus-Abwehrzentrale“ der Reichswehrgregade III ein „Dichter“ in der Person des Unteroffiziers Willi Künzel beschäftigt wird, der die Reichswehr mit seinen poetischen Produkten verleihe und dafür dem Staat jährlich 25- bis 30000 M. koste.

Wir müssen widerprechen. Herr Willi Künzel leistet der Regierung an dieser Stelle unschätzbare Dienste. Außer einem von uns schon einmal zitierten Gedicht, in dem der Treueid auf die Republik verhöhnt wurde, hat der damalige Gefreite Willi Künzel am 13. März bei Gelegenheit des Kapp-Zuges ein Poem verfaßt mit dem vielverheißenden Titel: „Gustav Kossel durchgebrannt, Ebert hinterher gerannt.“ Da der Inhalt dem Titel durchaus entsprach und ein Triumphgesang auf den vermeintlichen Erfolg des Kapp-Zuges war, so wurde das Gedicht von der Reichswehrgregade III gedruckt und an die Mannschaften verteilt. War es daraufhin nicht dringend geboten, diesen Mann zum Unteroffizier zu befördern und in der Reichswehr zu belassen, wenn auch Hunderttausend andere entlassen werden mußten?!

Sozialdemokratie und Diebstahl.

Eine Anmerkung zum Hindenburg-Einbruch.

Obwohl das „Attentat“ auf Hindenburg eine sehr harmlose Aufführung gefunden hat, bleibt die reaktionäre Presse dabei, der Sozialdemokratie die Schuld an dem Vorfall in die Schuhe zu schieben. Ein Mensch mit fünf normalen Sinnen wird zwar nicht einsehen können, was die Sozialdemokratie damit zu tun hat, wenn ein Kirchendiener sich unmissverständlich in den Gärten von Hindenburg verirrt; aber nach der „Post“ scheint es überhaupt kein Verbrechen zu geben, an dem die Sozialdemokratie nicht schuld wäre. Sie tratscht ein Langes und Breites darüber, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Gegnerlichkeit gegen das Privatigentum die Massen zu Raub und Diebstahl aufbeize, durch ihren Kampf gegen die christliche Kirche die Moral untergrabe usw. usw.

Hierzu möchten wir bemerken: In den Lehren des Sozialismus eine Aufforderung zu Raub und Diebstahl erblicken kann höchstens, wer diese Lehren allein aus dem Zerrspiegel der Reichsverbandspresse kennt. Mit genau demselben oder vielleicht noch größerem Rechte wie die Sozialdemokratie könnte man Jesus Christus und das Neue Testament für alle Diebstähle und Plünderungen verantwortlich machen, denn das Neue Testament wimmelt von Verwünschungen der Reichen und versucht sie nachdrücklicher, als je ein Sozialdemokrat dies getan hat.

Aber wenn die „Post“ Akrifallismus und Orthodoxie (und nur diese, nicht die Religion als solche) bekämpft die Sozialdemokratie für den besten Schutz gegen das Verbrechen hält, so möchten wir fragen, ob der „Voll“ die Ergebnisse der Kriminalstatistik gänzlich unbefannt sind. Diese hat für Deutschland bisher ergeben, daß in kriminellen Gegenden (z. B. Oberbayern, Oberpfalz) die Kriminalität am größten war, während Großstädte mit überwiegender sozialistischer Bevölkerung zum Teil in ihrer Kriminalität weit hinter dem Durchschnitt standen. Vielleicht erinnert sich die „Post“ auch, daß in dem „frommen“ Südtirol, wo der Aleris die allergrößte Macht ausübt, das Räuber- und Banditenwesen noch heute in hoher Blüte steht, und daß es sehr „fromme“ Leute waren, aus denen sich die Mafia und Camorra zusammensetzten. Sie möge sich nur einen einzigen Beleg dafür bringen, daß in ferilen Ländern die Kriminalität geringer ist, als in sozialistisch fortgeschrittenen. Das Umgekehrte können wir an zahllosen Beispielen beweisen.

Der Gemeindevorsteher als deutschnationaler Wahlmacher.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: „Unter dieser Ueberschrift hat der „Vorwärts“ vor einiger Zeit mitgeteilt, daß der Gemeindevorsteher Matthe des Dorfes Langow (Kreis Saargau) eine deutschnationale Einladung zu einem politischen Werbevortrag amtlich an die händlerischen Wirte, Bäcker und Metzger des Ortes verbreiten ließ. Wie inzwischen festgestellt worden ist, gibt der Gemeindevorsteher die Wichtigkeit der tatsächlichen Angaben des „Vorwärts“ zu, er gibt auch zu, daß er nicht nur seinen Namen, sondern auch seinen Amtstitel unter das Schriftstück gesetzt habe. Indessen habe ihm eine Wahlmache zugunsten der deutschnationalen Volkspartei dabei ganz fern gelegen (?! Red.); er würde jeder anderen Partei gegenüber ebenso gehandelt haben.“

Der Gemeindevorsteher ist vom Landrat nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß er zur Vermeidung jeden Verdachtes amtlicher Parteimitnahme richtig gehandelt hätte, wenn er die Weitergabe des Schreibens der deutschnationalen Volkspartei entweder ganz unterlassen oder sie doch nur in rein privater Form, ohne Hinzufügung des Amtseiegels und Amtstitels, bewirkt hätte.“

Solidaritätserklärung für Hue.

Kassel, 20. Juli. (ZV.) Der in Nordhausen tagende Verbandstag der Bergleute der Sali-, Braunkohlen- und Eisenerzgruben der Bezirke Thüringen, Harz und Cassel faßte folgende Entschließung:

„Wir stehen geschlossen hinter den Ausführungen unseres Kameraden Hue in Spa. Wir versichern den Vätern unserer regen Mitarbeit am Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Welt. Mit der internationalen Bergarbeitergesellschaft werden wir wie vordem den internationalen Imperialismus bekämpfen. Der Bestatz des Ruhrreviers oder anderer Bergbaugruben durch Ententetruppen stehen wir geschlossen gegenüber. Der Verflistung deutscher Arbeiter werden wir und zu widersehen wissen.“

Um Sinnes.

Amsterdam, 20. Juli. Im Unterhause wurde gestern gefragt, ob die englische Regierung nicht beabsichtige, die Aburteilung von Sinnes zu verlangen, da dieser für die Zerstörung der belgischen Bergwerke verantwortlich sei. Bonar Law erwiderte, es sei nicht beabsichtigt, weitere Namen auf die Liste der „Kriegsverbrecher“ zu setzen. Auf jeden Fall gehe die Frage lediglich die belgische Regierung an. Uebrigens sei gegen Sinnes' Reise nach Belgien kein Einspruch erhoben worden.

Verhaftung im besetzten Gebiet.

Mainz, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Aus Mainz meldet die „Vollstimme“, daß dort durch die französische Geheimpolizei der Sozialdemokrat Kadow, ein Zeichenlehrer aus Weiskow bei Berlin, wegen politischer Vergehen verhaftet und in die französische Abteilung des Gefängnisses eingeliefert worden ist. Daran wird die Mahnung geknüpft, bei Reisen in das besetzte Gebiet sich der größten Vorsicht zu bedienen, da französische Spitzel überall ihr Unwesen treiben.

Der Gewaltfriede gegen die Türkei.

London, 20. Juli. „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, der Großwesir allein von allen Mitgliedern des ottomanischen Kabinetts sei bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei Minister hätten schon ihre Demission eingereicht. Der Großwesir werde sich vermutlich an die Partei der Liberalen Vereinigung wenden, um eine neue Regierung zu bilden.

Frankreichs syrisches Abenteuer.

Paris, 20. Juli. Nach einer Depesche aus Damaskus sind die Bedingungen, die General Gouraud dem Emir Fesal gestellt hat, folgende:

1. Französische Kontrolle über die Eisenbahnlinie Hama-Keppo.
2. Französische Benutzung der Eisenbahnstationen Hama, Hama und Keppo.
3. Einführung des syrischen Geldes.
4. Annahme des französischen Mandats.
5. Bestrafung der revolutionären Verbrecher.
6. Annahme dieser Bedingungen innerhalb einer Frist von vier Tagen.

Erfolgt die Annahme der Bedingungen innerhalb vier Tagen nicht, werden sie mit Gewalt durchgesetzt werden.

Nach einer Meldung der „Dena“ soll der französische Vornarrsch auf Keppo bereits begonnen haben. „Echo de Paris“ behauptet, Emir Fesal habe, ohne auf das Ultimatum des Generals Gouraud direkt zu antworten, den englischen General Allenby um seine Vermittlung ersucht.

London, 19. Juli. Unterhaus. Anlässlich eines im Hinblick auf das französische Vorgehen in Syrien eingebrachten Veranlassungsantrages erklärte Bonar Law, das Vorgehen Englands, der Arabern die Unabhängigkeit zu geben, stehe nicht in Widerspruch zu dem französischen Mandat über Syrien. Bonar Law fragte, was denn eigentlich geschehen solle, wenn in einem Mandatarlande ausbräche. England bemühe sich, ein unabhängiges arabisches Mesopotamien aufzurichten, dennoch werde es von den Arabern angegriffen. Die französische Regierung habe nicht entgegen den Bestimmungen des Mandats gehandelt. Sie habe England verhandelt, daß sie nicht beabsichtige, eine dauernde militärische Besetzung vorzunehmen. Die französischen Truppen würden zurückgezogen werden, sobald die Annahme des Mandats erklärt und die Ordnung wiederhergestellt sei.

Weitere Verfolgungen Caillaux'.

Paris, 20. Juli. Der landwirtschaftliche Verein des Bezirkes von Namers hatte kürzlich Joseph Caillaux zu seinem Vorsitzenden gewählt. Der Rat der Präfektur des Departements de la Sarthe hat diese Wahl für ungültig erklärt.

(Da das Tendenzurteil des Senats Caillaux die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 10 Jahren abgeprochen hat, war diese Ungültigkeitserklärung zu erwarten. Mit solchen Maßnahmen wird Caillaux, der in seiner engeren Heimat noch immer sehr volkstümlich ist, nur gedient und die Bewegung für die Revision seines Prozesses nur gefördert. Die Red.)

Holz-Epilog.

Wilde böhmische Richter.

Frag, 20. Juli. (Meldung des Tschecho-Slowakischen Pressebureaus.) Gestern fand vor dem Kreisgericht in Girschitz die Verhandlung gegen den tschechischen Kommunisten Max Holz statt. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er am 27. April in Marienbad eine Handgranate hervorgezogen hatte, um seine Verhaftung zu vereiteln. Er ist deshalb des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit und der Uebertretung des Sprengstoffgesetzes angeklagt. Er verteidigte sich damit, daß er nicht beabsichtigt hätte, die Gendarmen zu bedrohen. Diese beharrten jedoch bei ihrer Aussage und Holz wurde wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit zu vier Monaten schweren Arztes mit einem harten Lagermonat und zu einer Geldstrafe von zwanzig Kronen (!) wegen Uebertretung des Waffengesetzes (!) verurteilt. Die Strafe wurde jedoch bedingungsweise ausgesprochen, so daß Holz sie nicht antritt.

Ein sozialdemokratischer Ehrenkantor. Anlässlich der 800-Jahresfeier der Stadt Freiburg i. Br. hat die rechtswissenschaftliche Fakultät der Freiburser Universität den sozialdemokratischen Stadt- und Badischen Staatsrat Wilhelm Engler zum Ehrenkantor ernannt. Engler hat nur die Volkshaus besucht und dürfte als Volkshaus der erste Ehrenkantor Deutschlands sein.

Gewerkschaftsbewegung

Streik im Lebensmittel-Kleinhandel.

Arbeiter! Arbeiterfrauen! Damit die Lebensmittelversorgung für Euch bei dem Streik möglich ist, können wir heute schon mitteilen, daß von 101 Arbeitgebern Tarifverträge mit dem Zentralverband der Angestellten abgeschlossen sind. Von diesen Abmachungen sind 8312 Angestellte betroffen. Da dies die größten Unternehmer von Berlin sind, so ist die Versorgung für Euch sichergestellt. Es sind insgesamt 611 Geschäfte. In den nächsten Tagen werden Plakate in diesen Geschäften aushängen mit der Aufschrift: „Hier sind die Forderungen der Angestellten bewilligt. Eigentum des Zentralverbandes der Angestellten. G. Androe.“

Saboteure im Reichsarbeitsministerium!

Zu der unter obiger Überschrift geübten Kritik Karl Lindows in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 14. Juli an einer Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums über die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrags für die bei nichtstaatlichen Eisenbahnen, Nebenbahnen, ähnlichen Kleinbahnen und gleichartigen Unternehmungen beschäftigten Angestellten erhalten wir vom Ministerium folgende Entgegnung:

Daß gegen die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf § 10 Abs. 2 und § 14 Abs. 7 des Tarifvertrags rechtliche Bedenken bestehen, erkennt Lindow selbst an. Das gleiche gilt aber auch für die übrigen Tarifbestimmungen, die das Reichsarbeitsministerium von der Wirkung der Verbindlichkeit ausgeschlossen hat. § 10 Abs. 1 des Tarifvertrags schreibt die Benutzung des durch die Vertragsparteien zu schaffenden paritätischen Arbeitsnachweises vor. Diese Bestimmung betrifft nicht das einzelne Arbeitsverhältnis und ist daher nach der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 ohnehin auf die Geltung unter den Vertragsparteien beschränkt. Es war daher nur zweckmäßig, die beiden im engen Zusammenhang stehenden Absätze des § 10 in der Entscheidung ausdrücklich anzuführen.

Der § 14 des Tarifvertrages enthält Bestimmungen über die Tätigkeit des Betriebsrates, die in einzelnen Punkten über das Betriebsratsgesetz hinausgehen. Auch diese Vertragsbestimmungen sind nicht zur Aufnahme in die einzelnen Arbeitsverträge bestimmt und können daher an der Wirkung der allgemeinen Verbindlichkeit nach der derzeitigen Rechtslage nicht teilhaben, wie es denn überhaupt nicht in der Möglichkeit des Reichsarbeitsministeriums liegt, diese ohne Gesetzesänderung über die angegebene Grenze hin auszudehnen. Das Ministerium steht selbstverständlich auf dem Standpunkte, daß die gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse der Betriebsräte tarifvertraglich erweitert werden können. Es ist aber wohl zu unterscheiden, ob derartige weitgehende Pflichten freiwillig übernommen, oder ob sie durch eine behördliche Anordnung, wie sie die Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages darstellt, erzwungen werden.

Ähnlich liegt die Sache hinsichtlich der durch § 26 geregelten Einschränkung in die Personalakten.

Hinsichtlich all dieser Bestimmungen muß in aller Schärfe betont werden, daß das Reichsarbeitsministerium nicht etwa die tariflichen Bestimmungen innerhalb des ihnen von den Vertragsparteien gegebenen Geltungsbereichs für ungültig erklärt hat, sondern daß es lediglich die Ausdehnung der Bestimmungen auf andere, den Vertragsparteien nicht Angehörige, ausgeschlossen hat. Die Verbindlichkeitsklärung bezweckt in erster Linie die tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen zum Allgemeinwohl der beteiligten Kreise zu machen; sie soll aber nicht dazu dienen, im Kampf durchgesetzte Forderungen mehr oder weniger politischer Art mit einer besonderen behördlichen Autorität zu umkleiden. Schließlich müssen bei der Entscheidung über die allgemeinen Verbindlichkeitsklärungen auch Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend sein, wenn ihre reibungslose Durchführung gesichert werden soll. Dies gilt namentlich dann, wenn Einschränkungen ergangen sind, wie dies gerade im vorliegenden Falle im großen Umfange der Fall war.

Achtung, Töpfer!

Die Berliner Lohnbewegung der Töpfer hat ihr Ende erreicht. Am Montagabend tagte eine Meisterversammlung, die nach längerer Debatte folgendes beschloß:

Der Stundenlohn beträgt vom Tage der Arbeitsaufnahme an 7,50 M., ab 5. Juli werden 550 Proz. Feuerungszulage bei Akkordarbeit gezahlt. Durch diesen Beschluß sind aber schriftliche Verpflichtungen auf Zahlung obiger Zustände von einem früheren Termin nicht aufgehoben. Die noch zu erledigenden Streitfragen, wie Ferien, Jahrgeld usw. werden der gemeinsamen Lohnkommission überwiesen. Obigem Beschluß stimmten die anwesenden Organisationsvertreter der Gesellen zu. Es fand die gegenseitige Unterzeichnung statt.

Auf eine harte Geduldsprobe wird so mancher Beschäftigter oder Stellungsuchender gestellt, namentlich, wenn er auf Grund schriftlicher Gesuche eine Antwort erwartet. Die lange eine solche Antwort mitunter ausbleibt, erfahren wir aus folgendem Schreiben eines „Vorwärts“-Lesers: Am 15. April d. J. wurde eine Anzahl kaufmännischer Arbeiterlose vom Reichsaussgleichsamt, Wilhelmstr. 94/96, geschickt. Nachdem wir dort stundenlang gewartet hatten, wurde uns erklärt, daß jeder ein Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften einreichen resp. mitbringen sollte. Ich hatte nun nichts Besseres zu tun, als 6 Bogen Papier a 20 Pf. und ein großes Kuvert für denselben Preis zu kaufen, die Zeugnisse fein säuberlich abzuschreiben und die Sachen, mit 40 Pf. frankiert, denselben Tag fort-

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ in nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat August zum Preise von 10 M., inkl. Zustellungsgebühr, bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen



Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

aufschiden. Ich hatte also 1,40 M. Anlagen, dazu gut vier Stunden zu den Abschriften gebraucht. Nunmehr wartete ich acht Tage, vierzehn Tage, einen Monat — es kam kein Bescheid; da hat ich um solchen und um event. Rücksendung meiner Abschriften, die ich immer noch brauchen könnte. Ich erhielt keine Antwort; endlich — am 14. d. M. — ging folgender Bescheid ein: Reichsaussgleichsamt
Berlin SW 68, 9. Juli 1920.
Wilhelmstr. 94/96.

Tagbuch-Nr. 7066/10766.

Auf das Gesuch vom 18. 4. 1920.

Ein Bedarf zur Annahme von Bewerbungen in im Reichsaussgleichsamt gegenwärtig nicht vorhanden.

Für den Fall des Eintritts eines solchen Bedarfs wird auch Ihre Bewerbung näher geprüft werden.

Sie wollen sich jedoch hiedurch von Bemühungen um die Erlangung einer sonstigen Stelle nicht abhalten lassen.
J. A.: (Unlieferlich.)

Für diesen Brief mußte ich noch 50 Pf. Porto zahlen, ich hätte im ganzen also 1,90 M. Unkosten. Wenn man wöchentlich 10 derartige Gesuche zu schreiben hätte, so wüßte ich nicht, woher man das Geld nehmen sollte; dazu kommt noch die Zeit der Erwartung. Die Behörden und Chefs haben aneinander keine Ebnung, was es heißt, ohne Arbeit und Verdienst zu sein und drei Monate auf die Beantwortung eines Gesuchs zu warten.

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Die am Montagabend vertagten Verhandlungen über den Reichstarif im Bankgewerbe wurden am gestrigen Dienstag früh wieder aufgenommen. Am Montag waren die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages durchgeprochen worden. Dann folgte die Erörterung der Bezüge. Die Bankleitungen sträubten sich, Zuschläge zu den bisher gezahlten Gehaltsätzen zu gewähren, während der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten wesentliche Erhöhungen vorschlug. Am Dienstag nachmittag 2 Uhr waren die Parteivorträge beendet. Der Schlichtungsausschuss wird nunmehr zur Beratung und Fällung des Schiedspruches schreiten. Von erwartet das Ergebnis Ende der Woche. Aldann werden die Leitungen der Ortsverbände zu dem Spruch Stellung nehmen. Die Annahme beziehungsweise Ablehnung durch den Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten wird auf dem Verbandstag am 28. August erfolgen.

Lohnbewegung der Maler!

Allen Malern, Anstreichern und Bauarbeitern Groß-Berlins zur Kenntnis, daß die Maler und Anstreicher in einer größeren Zahl von Betrieben am Montag in den Streik getreten sind. Die Kollegen hatten die Forderungen der Organisation ihren Arbeitsgeber nochmals unterbreitet. Da die Arbeitsgeber jede Lohn-erhöhung ablehnten, saßen sich unsere Kollegen gezwungen, bei einem Teil der namhaften Firmen in den Streik zu treten.

Wir ersuchen alle Kollegen, etwaige Streikarbeit zu verweigern, desgleichen ersuchen wir alle Bauarbeiter um ihre moralische Unterstützung. Ortsverwaltung des Verbandes der Maler, Anstreicher, Aufstreicher. Zentrale Berlin.

Die Ausbeuter in der Abzahlungsbranche!

Keulich wurde an dieser Stelle über die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten der Holz- und Möbel-Industrie und des Möbelhandels berichtet. So elend die Bezahlung der Angestellten dieser Branche ist, sie wird noch übertroffen von der Abzahlungsbranche. Diese Unternehmer hatten sich feinerzeit mit den Holz- und Möbel-Industriellen zusammengedungen und einen Tarif mit den Arbeitnehmerorganisationen getätigt. Während aber die Holz- und Möbel-Industriellen nach Beschäftigung der Gehälter im Dezember 1919 sich zur Zahlung der Feuerungszulage verpflichteten, ist dies bei den Unternehmern der Kreditkäufer bis heute noch nicht geschehen. In dieser Branche wird als Grundgehalt einem Expedienten oder Prospektvertreter 60,— M. monatlich gezahlt. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in solcher Position eine große Branchenkenntnis und eine gewisse Routine verlangt wird. Die Gehälter der anderen Angestellten gehen bis auf 200,— M. herunter.

Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch, welcher ihren Angestellten eine 60prozentige Gehaltserhöhung bringen sollte, abgelehnt; sie haben dann vor dem Demobilisationskommissar das Klagegeld ihrer wirtschaftlichen Notlage in höchsten Tönen gesungen.

Dem Ersuchen der Arbeitnehmer, die angeblich wirtschaftliche Notlage der Arbeitgeber durch behördliche Kapazität der Geschäftsbücher bei einzelnen Firmen unter Dinauziehung sach- und branchenkundiger Angestellten festzustellen, ist nicht stattgegeben worden. Trotzdem aber hat der Demobilisationskommissar die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches abgelehnt.

Die Angestellten haben erkannt, daß ihre Arbeitgeber nicht nur aus der wirtschaftlichen Notlage der Konsumenten ihre ungeheuren Gewinne ziehen, sondern auch aus der ihrigen, und sie werden nunmehr geschlossen den Weg gehen, der zur Eringung ihrer Existenzbedingungen notwendig ist.

Donnerstag der Musiker in Kurfürster Riess. Zu dieser in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Mitteilung des Musikerverbandes erhalten wir aus den Vereinigten Musik-Exzellenz-Ordnern eine Verächtigung, worin es heißt: Unseren Musikern werden, wie in allen Berliner Riess, die vereinbarten Grundlöhne und teils mehr gezahlt. Seit kurzem ist, mit Wissen des Musikerverbandes, auf Ansuchen eine angemessene Feuerungszulage, rückwirkend ab 15. Juni cr., bewilligt. Von Nebenberuflichen und Beamten ist wesentlich oder absichtlich keiner bei uns beschäftigt gewesen.

Nach Rücksprache mit dem Verband der Musiker hält derselbe die im „Vorwärts“ gemachten Mitteilungen aufrecht.

Deutscher Metallarbeiterverband. Sonntag, den 25. Juli, vormittags 10 Uhr, Konzentration im Kolosseum am Wedding (Höllener Hof), Kölliner Str. 8, kleiner Eingang. Wichtige Tagesordnung. Hierzu werden auch die Arbeiter derjenigen Betriebe eingeladen, die Außenmonitore beschäftigen.

Knorr-Berrie, R.-G., Vichtenberg. Alle ausstehenden Kolleginnen und Kollegen müssen zueinander Information zur Betriebsversammlung am heutigen Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, bestimmt im Schieds erichten. Der Arbeiterrat.

Zentralverband der Angestellten. Sachgruppe 12a (Verbandsstellen). Mitgliederversammlung am 22. Juli, 7 Uhr, Verbandslokal (Brands- oder Hauptstr.) — Sachgruppe 17, 11a (Wein- und Spiritusbranche). Mitgliederversammlung am 22. Juli, 8 Uhr, Gesellschaftsraum am Ludwigs Park, Köpenicker Straße. (Die Arbeitgeber vor dem Schlichtungsausschuss.) — Sachgruppe 18a (Verbands- und Verbandsangehörige). Mitgliederversammlung am 22. Juli, 7 Uhr, Musterstraße, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31.

Deutscher Bauarbeiterverband. Am Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, im Generalkomitee der Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen im Rhein.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals. (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiter-Verband.) Sektionsleitungsmitglieder, Betriebsräte, Funktionäre, Betriebsvertrauensleute! Freitag, den 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im „Kosentaler Hof“, N 54, Kosentaler Str. 11/12. Frauenmänner-Konferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Sektionsmitgliederversammlung am 25. Juli.

Jugendveranstaltungen.

Heute 1/2 8 Uhr:

Sozialistische Schülersektion. Zentraljugendheim, Lindenstr. 3. Vortrag: Französische Revolution. — Charlottenburg, Rosinenstr. 4 (Holtshaus). Mädchenabend. — Grunewald, Gemeindeschule, Delbrückstr. 20. Vortrag: Das Volkstied. — Vichtenberg, Barkau 10. Vortrag: Die Schädlichkeit des Alkohols. — Mariendorf, Jugendheim, Regen, Ringstr. Diskussion. — Oien, Straymannstr. 20, Mädchenabend. — Prenzlauer Vorstadt, Fenselstr. 6 (Schule). Vortrag: Fremdenlegion. — Rosenthal, Gemeindeschule, Kastanienallee. Vortrag: Ruffisches Grenzabenteuer. — Rosenthaler Vorstadt, Barkau 56. Vortrag: Alkohol und Nikotin. — Sadow (Reichenberger Viertel), Glöglauer Str. 12-16, Diskussion. — Staaten, Gartenstadtschule, Mädchenabend. — Tempelhof, Germaniastr. 50. Diskussion: Ist eine Einigung mit der freien Jugend möglich? — Wedding, Neues Heim, Gemeindeschule, Müllerstr., Ude Teichstr. Außerordentliche Mitgliederversammlung. — Westen, Rantinenraum der Baugewerkschaft, Kurfürstenstr. 141. Vortrag: Körperpflege.

Veranto, für den rebalt. Zell: Dr. Werner Veiser, Charlottenburg; für Angelegen: Th. Gode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis

Angebot für die Zeit vom 7.-25. Juli

Sakkoanzüge

Serie I M. 875.-
Serie II M. 1075.-
Serie III M. 1275.-

Ulster

Serie I M. 875.-
Serie II M. 1075.-
Serie III M. 1275.-

Herrenwäsche

Bunte Oberhemden mit passend. Kragen:

Serie I M. 85.-
Serie II M. 125.-
Serie III M. 165.-

Reinseidene Krawatten von M. 15.- an
Sporthüte und Mützen von M. 35.- an

Unsere fertige Kleidung ist ebenbürtig jeder Maßarbeit und aus besten englischen Stoffen hergestellt!

Auf alle anderen Artikel eine Preisermäßigung von **25%**

Gebr. Wolff & Keller, Berlin W, Leipziger Straße 29 Ecke Friedrichstraße

Das Haus der Herrenmoden